

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behörden bestimmt Blatt

Verlagspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.80 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Vollschaffkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 7221 6. - **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 - Telephon 7220 5

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mt. Inzerate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorkauf, 50 Pfg., Reklamezeile 2,25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchsen und alle Volkshäuser entgegen

Vor zehn Jahren

Anfang März 1918 wurde in Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Sowjetrußland der Frieden geschlossen. Der „Friedensvertrag“ war ein einseitiges Diktat der deutschen Imperialisten und militärischen Gewaltpolitiker. Er konnte geradezu Poincaré und Lloyd George und ihren militärischen Sachverständigen als mustergültige Vorlage dienen, als sie kaum ein reichliches halbes Jahr später über den Frieden mit den Mittelmächten verhandelten. Es hatte sich viel verändert, in den wenigen Monaten vom März bis Ende Oktober 1918. Die deutschen Generale, in Brest-Litowsk noch in krafftstrotzender Siegerpose, vertrugen sich in den letzten Oktobertagen und den ersten Novembertagen vor der Empörung eines jahrelang gequälten und systematisch belagerten Volkes.

Nach dem Sturz des Zarismus führte die Kerenski-Regierung den Krieg weiter. Sie enttäuschte damit die gewaltige Friedenssehnsucht der russischen Arbeiter und Bauern. Die Bolschewiki nutzten bei ihrem Kampfe um die Macht diese Enttäuschung geschickt aus. Nachdem sie Sieger waren, mußten sie, wollten sie sich behaupten, eiligst Frieden schließen. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Mittelmächte begannen. Die Bolschewiki haben dabei weniger auf die Versprechungen deutscher Politiker gebaut. Zwar hatte der Reichstag im Juli 1917 unter dem Druck einer militärisch ungünstigen Lage die bekannte Friedensresolution beschlossen, in der davon gesprochen wird, daß Deutschland nur für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigungen kämpfe. Aber die Diktatur des deutschen Parlamentes war damals ja noch viel größer als heute, und solange die Generale noch zu bestimmen hatten, glaubte in der ganzen Welt kein Mensch an die Wahrheit dieser Entschlüsse. Nicht im Vertrauen auf sie gingen die Delegierten der russischen Revolution zu den Friedensverhandlungen, sondern im Vertrauen auf das Erwachen der Arbeiterklasse in den andern kriegsführenden Ländern; besonders aber im Vertrauen auf die nahe Revolution der Arbeiter und Soldaten in Deutschland. Sie haben sich nicht ganz ohne Erfolg bemüht, durch eine geschickte Propaganda die Voraussetzungen für eine längere Fortführung des Krieges zu zerstören. Schon allein die moralische Wirkung der Revolution verließ in diesem Sinne und sie wurde unterstützt durch Flugzettel und Schriften, die an den Fronten verteilt wurden, und ganz besonders durch jene Funkprühe an Alle, in denen die neue Regierung Rußlands der ganzen Welt ihren Willen zum Frieden kundgab und die Völker aufforderte, diesen Willen durch die Tat Wirklichkeit werden zu lassen.

Dennoch täuschten sich die Bolschewiki. Noch glimmte in den Ländern der Mittelmächte die Empörung unter der Decke, noch war die Bewegung des revolutionären Teils der Arbeiter und Soldaten nicht stark genug, um schon in jenen Wochen siegreich hervorzutreten zu können. So traten in Brest-Litowsk die russischen Delegierten, die unter der Führung Trozkis standen, Generale und Diplomaten gegenüber, die sich als „Sieger“ fühlten und sich auch wie „Sieger“ benahmten. Sie wußten, daß die lange russische Front nicht mehr da war. Das Heer war zerfallen, in völliger Auflösung auseinandergefallen. So glaubten sie, den Frieden diktieren zu können, den sie brauchten. Mit einer Handbewegung schoben sie jene Friedensresolution beiseite. Im Westen Rußlands sollte Finnland, Polen, die Randstaaten von Rußland gelöst und in irgendeiner Form dem Deutschen Reich angegliedert werden. Es gab an den deutschen Fürstenhöfen zahlreiche Anwärter auf die neuen Throne, die da errichtet werden sollten. Im Süden des russischen Reiches gelüstete es die deutschen Imperialisten vor allem nach den Ölquellen und den Erzgebieten. Auf dem Umweg über die Türkei sollten sie der deutschen Herrschaftszone einverleibt werden.

Die Russen weigerten sich, diese hemmungslosen Annexionspläne als einen Friedensvertrag anzunehmen. Die Verhandlungen stiegen auf. Die russische Delegation erklärte am 10. Februar, sie lehne die Unterzeichnung dieses Vertrages ab und betrachte Rußland ohnedem als mit den Mittelmächten im Frieden befindlich. Mit dieser Lösung waren die deutschen Militaristen nicht einverstanden. Die deutschen Truppen wurden erneut in Marsch gesetzt und weite Teile Rußlands ohne Widerstand besetzt. Das geschah wahrscheinlich auch deshalb, um Deutschland recht weit von dem Gefahrenbereich wegzubringen, der nach Auffassung der in Deutschland Herrschenden das revolutionäre Rußland war. Es blieb den Bolschewiki, zwischen deren Führern es wegen der Friedensverhandlungen zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war, schließlich nichts andres übrig, als sich zu neuen Friedensverhandlungen bereit zu erklären. Sie wurden wieder aufgenommen und am 3. März 1918 mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Brest-Litowsk abgeschlossen. Er war eines jener brutalen Schanddokumente, mit denen die Imperialisten und Militaristen jedes Landes, solange sie mächtig genug dazu sind, ihre Herrschaft verbarrikadieren. Die Russen unterschrieben unter Protest. In ihrer Erklärung sagten sie:

Der Friede, der jetzt in Brest-Litowsk abgeschlossen wird, ist kein Friede, der auf der freien Verständigung der Völker Rußlands, Deutschlands, Oesterreichs-Ungarns, Bulgariens und der Türkei gegründet ist. Dieser Friede ist mit der Waffe in der Hand diktiert. Er ist ein Friede, den das revolutionäre Rußland, zähneknirschend, annehmen muß. Es ist ein Friede, der unter dem Vorwande der

Eine schlechte Komödie

Die „Sicherheits“beratungen

SPD Genf, 5. März.

Die Sicherheitskommission nahm am Montag ihre öffentlichen Sitzungen wieder auf. Es zeigte sich, daß das Redaktionskomitee sich in weitem Umfange auf eine Mitwirkung des Rates beim Abschluß von Schieds- und Sicherheitsverträgen festgelegt hat. Der Rat soll auf Wunsch eines Staates unter Berücksichtigung der politischen Situation und des allgemeinen Friedensinteresses den Abschluß von Schiedsgerichts- bzw. regionalen Sicherheitsverträgen empfehlen, besagen zwei Resolutionen. Angenommen ist ferner der allgemeine Schlichtungs- und Schiedsgerichtsvertrag, den zu unterzeichnen alle Parteien aufgefordert werden sollen. Der Vertrag schließt sich eng an schwedische Vorschläge an und geht über die meisten bisher abgeschlossenen Verträge insofern hinweg, als alle Streitigkeiten, sowohl rechtliche wie politische, der friedlichen Regelung unterworfen werden. Die Frage ist nur, wie viele Staaten einen solchen Vertrag unterzeichnen werden. England lehnte in der Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß der Völkerbundpakt der für England genügende Generalvertrag sei, ab und stellte die ironische Frage, ob man wirklich abstellen würde, wenn alle Staaten dem neuen Vertrag angeschlossen würden. Obgleich diese Frage eine lange Diskussion entsetzte, wurde sie nur immer gestreift, nicht direkt bejaht.

Aus der Diskussion ist eine Bemerkung des Vorsitzenden Benesch beachtenswert, in der er auspricht, daß die Einstellung des neuen Generalvertrages auf keinen Fall die eventuelle Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundpactes beeinträchtigt. Eine Resolution über den Beitritt zum Internationalen Gerichtshof, die den Rat auffordert, die noch nicht angeschlossenen Staaten über ihre Gründe zu befragen, wurde zwar angenommen, aber England teilte sofort mit, daß es auch hiernach nicht für alle juristischen Streitigkeiten dem Gerichtshof beitreten könne. Die deutschen Kriegsverhältnissvorschläge sollen den Regierungen zur Rückführung vorgelegt und

nach gründlicher Prüfung in der nächsten Tagung der Sicherheitskommission einer zweiten Lesung unterworfen werden. Als Berichtserstatter wurde ein Belgier bestimmt.

SPD Genf, 5. März. (Radio.)

Der Sicherheitsausschuß fabrizierte am Montag eine Reihe von Resolutionen, die die Gedanken des Genfer Protokolls zum Teil wieder aufnehmen, zum Teil umbiegen. Morgen wird die Sicherheitstagung voraussichtlich zu Ende gehen. Es wird erst dann möglich sein, ein Urteil darüber abzugeben, ob die täglich achtstündige Komiteearbeit zwei Wochen hindurch irgendeinen Fortschritt über das heute geltende Völkerrecht hinaus bietet.

Der deutsche Außenminister Stresemann stattete am Montag nachmittags dem französischen Außenminister Briand einen Besuch ab, der bis kurz vor 5 Uhr dauerte.

Schlingen für China?

SPD Genf, 5. März (Radio.)

In der Debatte im Sicherheitsausschuß erhob der chinesische Vertreter Einspruch gegen die Annahme eines allgemein gehaltenen Vertragsentwurfes, in dem es heißt, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden dürfen. Der Chinese ging dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß China von den seit 80 Jahren mit den imperialistischen Staaten geschlossenen ungerechten Handelsverträgen auch gegen deren Willen loskomme. Er vermutete, daß mit dieser Formulierung das Revisionsverfahren des Völkerbundes für überlebte Verträge ausgeschaltet werden sollte. Der Präsident des Sicherheitsausschusses, der schweizerische Außenminister Benesch, stellte fest, daß davon keine Rede sein könne und daß das Revisionsverfahren unbeeinträchtigt von den Garantieverträgen erhalten bleiben würde.

Wertwürdigerweise fügt der Soz. Pressedienst dieser Meldung noch hinzu, daß sich damit eine deutsche Erklärung erübrigt und daß damit die Feinertzeit von dem deutschnationalen Freiherrn v. Frentag-Lorringhoven aufgestellte Behauptung erledigt sei, daß die Politik von Locarno auch eine friedliche Grenzrevision im Osten unmöglich gemacht habe.

„Befreiung“ russischer Grenzgebiete in Wirklichkeit dieselben in deutsche Provinzen verwanbelt und sie des Rechts auf freie Selbstbestimmung beraubt, jenes Rechts, das ihnen die Arbeiter- und Bauernregierung des revolutionären Rußlands zugesprochen hatte. Es ist ein Friede, der unter dem Vorwande der Wiederherstellung der Ordnung den Klassen der Bedrückten in den okkupierten Gebieten bewaffnete Unterstützung erweist gegen die werktätigen Klassen, und jenen behilflich ist, die das durch die russische Revolution abgeschüttelte Joch der Werktätigen erneut auferlegen wollen.

Allein unter den gegebenen Umständen hat Rußland keine Wahl. Durch die Tatsache der Demobilisierung ihrer Truppen hat die russische Revolution sozusagen ihr Schicksal in die Hände des deutschen Volkes gelegt. Das deutsche Proletariat erwies sich als noch nicht genügend vorbereitet, um diesen Druck auszuhalten. Wir weisen keinen Augenblick daran, daß dieser Triumph des Imperialismus und Militarismus über die internationale proletarische Revolution sich nur als ein zeitweiliger und vorübergehender erweisen wird. Nur auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, ist die Sowjetregierung der Russischen Republik nicht in der Lage, dem bewaffneten Angriff des deutschen Imperialismus zu widerstehen und, um der Rettung des revolutionären Ruß-

lands willen, gezwungen, die ihr vorgelegten Bedingungen zu akzeptieren.

Wir sind von unserer Regierung ermächtigt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Genötigt, ungeachtet des von uns abgegebenen Protestes, die Verhandlungen unter den ganz besonderen Umständen einer Fortsetzung der Kriegshandlungen, welche auf russischer Seite auf keinen Widerstand stoßen, zu führen, können wir die russischen Arbeiter und Bauern, welche die Fortsetzung des Krieges ablehnen, nicht weiteren Erschießungen aussetzen. Wir erklären offen vor dem Angesicht der Arbeiter und Soldaten Rußlands und Deutschlands, vor dem Angesicht der werktätigen und ausgebeuteten Klassen der ganzen Welt, daß wir gezwungen sind, ein Ultimatum anzunehmen, das uns von der derzeit stärkeren Seite diktiert wird, und daß wir sofort den uns vorgelegten Friedensvertrag unterzeichnen, indem wir auf jede Prüfung desselben verzichten. Unter solchen Bedingungen ist die Regierung der Russischen Republik nicht in der Lage, dem bewaffneten Angriff des deutschen Imperialismus zu widerstehen, und um der Rettung der Revolution willen gezwungen, die ihr vorgelegten Bedingungen zu akzeptieren.

So wurde der Frieden mit Rußland. Die endgültige Neuordnung im Osten Deutschlands verlief dann doch anders, als die deutschen Imperialisten und Militaristen vorgesehen hatten. Dem Zusammenbruch des Zarismus folgte bald die vollständige militärische Niederlage des kaiserlichen Deutschlands, die innenpolitisch mit der Umwandlung des Kaiserreiches in eine Republik liquidiert wurde. Als dann dieser neuen Republik von der Entente der Frieden diktiert wurde, da brüllten die Verantwortlichen und die Befürworter und Helfer der Gewaltpolitik des Deutschlands von gestern über das Schanddiktat. Dieselben Männer, die im alten Reichstag dem Gewaltsfriedensvertrag von Brest-Litowsk zugejubelt hatten, heuchelten ein Jahr später Entrüstung. Sie hätten es gern gesehen, wenn in einem neuen Volkskrieg nicht sie sich, aber die Kämpfer der Arbeiterschaft sich wegen des Versailler Vertrages hätten hinschlachten lassen.

Es kam nicht soweit. Inzwischen hat sich ja der wesentliche Teil der Bourgeoisie mit diesem Vertrag ausgeöhnt. Er ist dabei, seine alten imperialistischen Tendenzen wieder zu verfolgen. Da er diese Betätigung in neuester Zeit verstärkt hinter pazifistischen Gebärden verdeckt, ist es nützlich, die früheren Dokumente seiner brutalen Gewaltpolitik nicht zu vergessen. Nicht nur um sich an sie zu erinnern, sondern um aus ihnen zu lernen. Denn die Imperialisten von heute sind identisch mit denen des kaiserlichen Deutschlands. Und die Militaristen von heute? Ist es Zufall, daß jener General, der im Frühjahr 1918 die Ukraine mit ihren Kohlenbergen und ihrer Schwerindustrie „eroberte“, Gröner heißt und heute Reichswehrminister ist?

Das nennt man „Not der Landwirtschaft“

Das Organ der Agrarier, die deutschnationale Deutsche Tageszeitung, veröffentlicht ein Schreiben aus Pommern, worin ein „geradezu katastrophales Wüsten der pommerschen Kleinbetriebe“ daraus gefolgert wird, daß in einem hinterpommerschen Kreise mehrere Darlehnsklassen davon Mitteilung machen, daß Verluste auf Düngungs- und Futtermittel nur in einem sehr geringen Umfange oder gar nicht eingegangen seien. Um diese Vorgänge zu verstehen, muß man wissen, daß der Landbund überall im Reich, gewiß also auch in dem betreffenden hinterpommerschen Kreise, sich von seinen Mitgliedern einen Verpflichtungschein zum Käuferkreis vor einiger Zeit hat unterschreiben lassen, der folgendermaßen beginnt: „Der Unterzeichnete verpflichtet sich hiermit auf Ehre und Gewissen, falls von der Führung des Landbundes entsprechende Werbung herausgegeben werden sollte: 1. Sämtliche Einkäufe in landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zu unterlassen. 2. Sämtliche Futtermittelaufkäufe soweit einzuschränken, wie das die Wirtschaft nur irgend zuläßt. 3. Kunstdüngereinkäufe auf Vorrat und nach dem 1. Juni d. J. jegliche Kunstdüngereinkäufe zu unterlassen.“ Danach ist es wohl kein Wunder, wenn die Einkäufe für Futtermittel wie für Kunstdünger in der letzten Zeit nachgelassen haben. Mit einem „katastrophalen Absinken“ der Kleinbetriebe hat dieses Manöver aber nichts zu tun

Hugenbergs erster Wahlfilm

Berlin, Anfang März.

Er heißt „Geheimen Nacht“, in einem hier ergötzlichen Doppelfilm, und ist ein in jeder Beziehung 100prozentiger Ufa — d. h. Hugenberg-Film, dessen schlaupertiges Exterieur zeigt, daß er auf Selbststellung angefertigt wurde, um noch rechtzeitig vor den Wahlen den deutschen Bürger von der teuflischen Verderbtheit und Bosheit der Roten und von der unwürdigen Eitelkeit aller Revolutionäre zu überzeugen.

Katzenmäßig macht man das jetzt nach Jahren propagandistischer und filmischer Praxis nicht mehr so plump, daß es auch den harmlosen aufstößt; man greift nicht direkt an, sondern läßt „das Leben, die Wirklichkeit sprechen“. Und man nimmt nicht deutsche Institutionen und Persönlichkeiten, sondern — nun was ist da passender, geistreicher als indirekter Bürgerkrieg? — russische Menschen und Institutionen. Und man macht nicht mehr die einen blütenweiß und die andern sohtabenschwarz wie das die kühnlichen Amerikaner gerne tun, nein man ist schon psychologisch und geschickter: auch die läblichen Revolutionäre tragen einen Typus weiß ab und die Bekämpfer einen zarten Spitzer Säbentanz: Gold jeder vernünftige Mensch wird es verstehen, wenn ablige weißgardistische Emigranten, von der Bolschewikenbrut aus ihrem heiligsten Vaterlande vertrieben, in der schweren Not mal ein ganz klein wenig schwanken auf ihrem traditionellen Pfad der Tugend; im Gegenteil: das fällt ja doch nur auf das Schuldbüchlein der Roten zurück. Und dann das Mitleid, das in jeder brauen Bürgerbrust Waisen treibt, wenn man mit ansehen muß, wie die edlen, feinen und fürnehmen, ach so spanischen und hübschen Gardelieutenants und Prinzessinnen, wenn diese Armlenker unerschuldert, nur wegen dieser roten, unheimlichen Bolschewiken in bittere Not geraten, sich als Chausseure, Musikanten und Barbaren durch das rauhe Leben schlagen müssen! Und der heilige Jörn, der jedes Gartenlaubengemüt durchstößt, wenn es erbeben muß, wie aus der andern Seite diese roten Bolschewikenführer in Sauc und Braus leben, für die Feinde vergewaltigen und heiligste Gefühle mit ihren ungewissen Füßen treten. Und solche grausliche Dinge sollt ihr nun auch in Deutschland erleben, wenn die Roten bei den nächsten Wahlen siegen!

Die Gefährlichkeit dieses Machwerks besteht in der raffinierten Verflechtung der Tendenz; das fremde Mitleid, der fremde Staat, um den es sich dreht, die geschäftig gefällige „Lebenswirklichkeit“ der Figuren, die Qualität der Schauspieler — Michael Bohnen spielt den bösen Bolschewikenführer eindrucksvoll und echt — das alles legt sich vor die Tendenz, macht sie unsichtbar, aber um so gewaltwirksamer auf die politische Harmlosen — und nur um die geht es! Der erste Wahlfilm Hugenbergs, kein schlechter; er wird in den nächsten Wochen im ganzen Lande laufen und glatte Arbeit tun. H. E.

Der Panzerkreuzer soll gebaut werden

Wissstände in den Marinebetrieben

SPD Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte am Montag der ersten Rate für den Panzerkreuzer A und den Restbetrag für die anderen Neubauten mit 15:12 Stimmen zu. Das Zentrum stimmte mit seinen bisherigen Bürgerblödfreunden für den Bau des Kreuzers.

Im Verlauf der vorangegangenen Debatte brachte Abg. Hünlich (Soz.) die Arbeiterpolitik der Marine auf den Werkern zur Sprache. Anknüpfend — so führte er aus — sei eine Veränderung zumungunsten der Arbeiter bei Tarifstreikigkeiten eingetreten. Gewiß sollten die Marinebetriebe nach Möglichkeit aus den Tarifstreikigkeiten herausgehalten werden. Bei den Privatwerken seien jetzt bei der besseren Konjunktur Leistungszulagen eingeführt. Diese Zulagen wünschten auch die Werkarbeiter in einer Form, wie sie bei Staatsbetrieben nötig seien. Bei der Meier Werft und dem Wesenal würden außerordentlich viel Ueberstunden verlangt. In Wilhelmshaven sei man ohne Ueberstunden ausgekommen. Auch die Privatwerken könnten ihre Abfertigungsstermine nicht immer innehalten; die Frischlieferung könne also kein Anlaß für Ueberstunden sein. Der Rechnungshof kümmere sich nicht um Dinge, die ihn nichts angingen, z. B. habe er die Arbeiterleistungen nachgeprüft und eine ganze Reihe langjähriger Arbeiter dort erheblich niedriger eingestuft. Das gehe ebenförmig an, wie die Verhängung der Entlassung bei jeder kleinen Verfehlung. Endlich schide die Verwaltung Polizeibeamte in die Werkstätten zur Ueberwachung der Arbeiter während ihrer Tätigkeit, nicht bloß für den Anfang und Schluß. Derartige polizeiliche Ueberwachung müsse schließlich zu starker Verbitterung und Krawallen führen.

Abg. Wiebermann (Soz.) unterstrich diese Beschwerden und bemängelt die Art der Einstellung der Arbeiter durch die Fürsorgestellen der Stationen; diese Einstellung müsse durch öffentliche Arbeitsnachweise erfolgen, Ausnahmen aber mit örtlichen Gewerkschaften vereinbart werden. In einem Falle habe die Werkverwaltung einen Heizer zu 7000 Mark Schadenersatz verpflichtet und ihm vom Lohn absehen wollen. Das Arbeitsgericht in Osnabrück habe natürlich die Marine ins Unrecht gesetzt. Der gleichen Maßnahmen dürfe die Marine bei den schlechten Bedingungen doch nicht treffen.

Der Chef der Marineleitung teilte zum Schluß der Sitzung noch mit, daß die Seetransportabteilung im nächsten Jahre aufgelöst werden wird.

Aufs Schafott mit Stresemann!

Das neue Stahlhelmprogramm

Der Sozialistische Pressedienst berichtet: In einer Stahlhelmversammlung in Hesse bei Braunschweig entwickelte der politische Leiter des Stahlhelms Heinz Braunschweig, der im vergangenen Jahre unter dem Verdacht an einem Mord beteiligt zu sein, inhaftiert worden war, das neue Programm des Stahlhelms. Danach fordert der Stahlhelm die Einsetzung eines Diktators, der einem Gremium von drei Männern von Zeit zu Zeit Rechenschaft ablegen soll. Das Urteil dieser Männer könne nur drei Entscheidungen umfassen: entweder weiterregieren, Ausweisung oder Schafott. Als der Gaufrührer des Reichsbanners für Braunschweig in der Aussprache an Heinz die Frage richtete, was er wohl mit dem Minister Stresemann machen würde, antwortete Heinz: Schafott.

Der Leiter der Stahlhelmversammlung war ein aktiver Lehrer. Der Landesverbandsführer Schrader des Braunschweiger Stahlhelms ist Oberlehrer.

Arme Jugend, die dazu verurteilt ist, das Objekt für die Erziehung durch solche Stahlhelm-Schulmeister abzugeben!

Militär gegen Arbeiter

SPD Paris, 6. März (Radio).

Zu einem Zwischenfall, der eine Abteilung des 306. Artillerieregiments und eine Anzahl Kommunisten handgemein werden ließ, ist es gestern in Trojes gekommen. Die Abteilung war zur Hilfeleistung bei einem Brand kommandiert gewesen und war im Begriff, in die Kaserne zurückzukehren. Der kommandierende Leutnant glaubte unterwegs aus der Menge einen Schimpfstruß gehört zu haben. Getreu den Anweisungen des Kriegaministers Painlevé, der dem Militär das Recht zur Selbstjustiz gibt, sprang er unter die Menge und suchte seinen Beleidiger zu finden. Es gab dabei einen großen Auflauf. Die Artillerieabteilung pflanzte die Bajonette auf und eröffnete einen regelrechten Sturmangriff auf die Menge. Es gab zahlreiche teils schwer, teils leicht Verletzte.

Fememorde amtlich befohlen!

Die „Deckung“ für die Fememörder

SPD Die „Volksbewegung“ der deutschen Nationalisten aller Kaliber zur Rettung der abgeteilten Fememörder hat in den letzten Wochen eine Wendung vorgenommen. Bisher hat man sich auf der rechten Seite bemüht, daß Schulz und seine engeren Freunde überhaupt solche Verbrechen nicht begangen hätten, so haben die Initiatoren der neuen Kampagne, an ihrer Spitze der Herausgeber des „Fredericus“, Herr F. C. Holz, nunmehr gründlich mit der alten Argumentation gebrochen. Es wird jetzt mehr oder weniger stillschweigend anerkannt, daß Schulz mit seinen Leuten gemeinsam „Verbrechen“ begangen habe, und man sucht heute, unter Hinweis auf die eigentlichen Verantwortlichen in amtlicher Stellung, diese Taten zu rechtfertigen.

Der „Fredericus“ weist in seiner neuesten Ausgabe (März 1928) darauf hin, daß Schulz sich bei seinen Handlungen von oben hergedeckt fühlen konnte. Herr Holz schreibt:

„Es wird eben jetzt deutlicher geredet werden müssen. So deutlich, daß die in olympischer Höhe Thronenden es endlich gewahrt werden müssen, daß der Appell an die Gnade für die Wissenden — und wir sind in allen Gemeingegenheiten Wissende — und zwar in allen Einzelheiten genau Bescheid Wissende — eigentlich weiter nichts ist, als ein Appell an die Vernunft. Hält man es für gut und nützlich, daß auch das Volk erfährt, was wir wissen, so möge man die in den Femeprojekten Verurteilten weiterhin als gemeine Verbrecher behandeln. Wir werden uns dann nicht scheuen, den letzten Schleier der Geheimnisse von den gesamten Femetaten zu reißen, und das nach der Verfassung souveräne deutsche Volk zu befragen, ob mit welcherlei Maß gehalten werden darf bei Fememördern, für die amtliche Stellen sich nicht einsetzen und bei Fememördern, die von amtlichen Stellen den Befehl zu ihren Taten erhielten.“

Der „Fredericus“ führt dann zwei Fälle aus den obersteinsten Kämpfen auf, den eines Schlossers Michael aus Hinderburg, D.-S., der im Herbst 1920 in einem Steinbruch bei Neustadt, D.-S., ermordet aufgefunden wurde, und den eines gewissen Bischoff aus Beuthen. In diesem Fall, so behauptet Holz, hätte eine deutsche Behörde den Befehl zur Erschießung des Opfers bereits erteilt gehabt, als sich herausgestellt habe, daß der Mann fälschlich beschuldigt worden war. Er sagt dann:

„Die deutsche Behörde war das Opfer einer Fälschung des polnischen Spionagedienstes geworden und hätte beinahe einen Justizmord begangen. Einen Justizmord ähnlich der Art, wie Schulz und Kameraden ihn an Wilms begangen haben sollen.“

Auch der Jungdeutsche beginnt, sich in Femesachen zu rühren. In seiner Ausgabe vom Freitag, 2. März, verurteilt

„Niles“ unter der Ueberschrift „Fallen lassen!“ das „System Gehler“ und schreibt dann:

„Es ist zu begreifen, daß die Verteidigung des Oberleutnants Schulz den Nachweis erbringen wollte, daß der Angeklagte von den Einzelheiten der Geheimjustiz nichts gewußt hat. Das kommt heute kaum noch in Frage, denn Schulz wurde, weil es ihm nachgewiesen war, zum Tode verurteilt... Die Tätigkeit des Oberleutnants Schulz war eine Kriegshandlung. Wir befanden uns zu dieser Zeit in einer Form des Krieges, der auf Grund der besonderen Verhältnisse unter der Dede geführt wurde... Wenn es hier Schulz gibt, dann sind es entweder die Verhältnisse, die zu diesem Kriegszustand zwangen, oder es sind diejenigen, die den Oberleutnant Schulz in diesen Kriegszustand gezwungen haben...“

Es wäre ein leichtes gewesen, mit der Autorität des Staates, die hinter jenen Hand, den ganzen Femeprojekt auf ein anderes Geleise zu bringen. Ein Mann von anderer Form als Gehler hätte sicher andere Wege eingeschlagen. Falls er aber den Weg gegangen wäre, so hätte er zweifellos beim Höhepunkte dieser tragischen Angelegenheit jenen Teil der Schuld auf sich genommen, den zu tragen nicht nur allein ein Gebot der Ritterlichkeit gewesen wäre. Das System Gehler aber heißt: „Fallen lassen!“

Der Jungdeutsche befindet sich mit diesen Ausführungen in Uebereinstimmung mit dem Vorliegenden des Schwurgerichts beim Landgericht III in Berlin, Landgerichtsdirektor Bombe, wenn er sagt: „Schulz wurde, weil es ihm nachgewiesen war, zum Tode verurteilt.“ In der Begründung des Urteils in Sachen Schirmann und Genossen (Fall Panier) findet sich der Satz:

„Jeder weiß, daß ein Rechtsstaat gegen Verstöße wider die Rechtsordnung einschreiten muß, selbst wenn maßgebende Persönlichkeiten mit der Tat oder den Tätern sympathisieren. Jeder weiß auch, daß ein politisches Verbrechen immerhin ein strafbares Verbrechen ist, und daß sich ein Staat seiner Verfolgung jedenfalls dann nicht entziehen kann, wenn es zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt. Aus diesen so allgemein und auch den Angeklagten bekannten Umständen können die Angeklagten nur erwarten haben, daß sie nicht verurteilt würden, solange die Tat nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt, daß sie aber nach dem Bekanntwerden nur auf einen Gnadenakt rechnen konnten.“

Das Verfahren, über dessen ganzen Umfang seinerzeit ein Schweigegebot ergangen war, ist durch Beschluß der I. Strafkammer beim Landgericht III zu Berlin vom 26. Juni 1927 nicht mehr geheimhaltungsbedürftig. Die Veröffentlichung der wissenden nationalistischen Blätter sind die Drohungen an gewisse amtliche Stellen, um die Freilassung der gefassten und verurteilten Fememörder zu erpressen. Die Öffentlichkeit aber verlangt nicht Freilassung dieser Mordgeiseln, sondern rückwärtsloses Vorgehen auch gegen alle „Wissenden“, die deren Verbrechen gedeckt haben.

England und Aegypten

Sarwat Pascha zurückgetreten

Kairo, 4. März, (Reuter).

Die Minister sind gestern Abend zu einer Beratung zusammengetreten, an der Sarwat Pascha nicht teilnahm, und haben sich über eine schriftliche Antwort an den englischen Residenten geeinigt, die, wie verlautet, heute von Sarwat dem britischen Oberkommissar Lloyd überreicht werden soll.

London, 5. März.



König Fuad

Der ägyptische Ministerpräsident Sarwat Pascha ist am Sonntagabend zurückgetreten.

In der Antwortnote wird das englische Bündnisangebot abgelehnt, weil es die englische militärische Besetzung legalisieren würde, was für jede ägyptische Regierung unannehmbar sei. Als Sarwat Pascha dem König sein Rücktrittsgesuch überreichte, übergab er gleichzeitig die Antwortnote an England.

Sarwat hat dem König zum Nachfolger den Führer der Wafdisten, den Präsidenten des Parlaments und Nachfolger Saghlul Paschas, Ra h a s P a s c h a, vorgeschlagen.

II London, 6. März.

Der britische Oberkommissar in Aegypten, Lord Lloyd, hatte gestern nachmittag eine Audienz bei König Fuad. Das Parlament ist am Abend zusammengetreten wegen der Verhandlungen betreffend die Neubildung des Kabinetts, aber wieder vertagt worden. In verschiedenen Stellen sind Streiks ausgebrochen und in den Provinzen Kairo und Alexandria ist es im Anschluß an Demonstrationen verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen.

Kleinere Fragen

Bölkerbundsanleihe für eine Militärdiktatur

SPD Genf, 5. März.

In der ersten am Montag eröffneten 49. Sitzung des Bölkerbundrates wurden Angelegenheiten mündlicher Bedeutung erledigt. Der Bericht über die Ansiedlung der griechischen Flüchtlinge und der Bericht der Mandatkommission wurden genehmigt. Die Wahl von zwei Ersatzmitgliedern für die Mandatkommission wurde der nächsten nichtöffentlichen Sitzung überlassen. Wichtiger ist ein Erlaß des englischen Außenministers Chamberlain, an den Vertreter Hollands als Berichtserstatter den Rat über den Stand der polnisch-litauischen Frage zu unterrichten.

In der vorhergehenden nichtöffentlichen Sitzung versuchte Polen vergeblich, die Behandlung des Gutachten des Haager Gerichtshofes, das den Danziger Eisenbahnern gegen die polnische Verwaltung und den Bölkerbundskommissar Recht gibt, zu vertagen. Auf deutschen Einspruch wurde die Beratung der Frage für die letzten Tage dieser Ratstagung in Aussicht genommen. Die Gewährung einer Bölkerbundsanleihe an Portugal hat einen politischen Anlaß bekommen durch ein Schreiben der republikanischen Partei Portugals, in dem diese alle Verpflichtungen aus einer solchen Anleihe mit dem Hinweis darauf, daß in Portugal eine Militärdiktatur ohne parlamentarische Kontrolle herrsche, ablehnt. Ein Komitee aus den Außenministern der vier europäischen Großmächte, Portugals und Finnlands soll nun entscheiden, ob die politische Situation eine Bölkerbundsanleihe in Portu-

gal erlaubt. Auf jeden Fall dürfte es kaum mehr in dieser Ratstagung zur Gewährung der Anleihe kommen. Frühlings- und Budgetfragen füllten die Sitzung aus.

Keine Räumungsdebatte

SPD Paris, 6. März (Radio).

Pertinax weiß im Echo de Paris zu berichten, daß Stresemann gestern in Genf in seiner Unterredung mit Briand diesem die Versicherung abgegeben habe, daß während der gegenwärtigen Ratstagung die Frage der Rheinlandräumung angeht, aber die bevorstehenden Neuwahlen in Deutschland und Frankreich nicht aufgezogen werden solle. Stresemann habe aber sofort offen angekündigt, daß er dies in der Juni-tagung nachholen werde. Dann werde er einen offiziellen Räumungsantrag stellen.

Woldemaras wird nach Genf befohlen

SPD Paris, 6. März (Radio).

Wie Sauerwein im Matin aus Genf berichtet, hat der Bölkerbundrat gestern auf einstimmigen Beschluß hin an den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras ein Telegramm gerichtet und ihn aufgefordert, sofort in Genf zu erscheinen. Er soll dort Aufklärungen geben über seine Haltung in den Verhandlungen mit Polen und er soll gezwungen werden, dieses Mal bindendere Zusagen für die Einigung mit seinem Nachbarland abzugeben.

Die polnischen Sejmwahlen

Das vorläufige Gesamtergebnis

SPD Warschau, 6. März (Radio).

Das endgültige Wahlergebnis aus dem ganzen Lande liegt vor. Danach haben von den wichtigsten Listen erlangt: der Regierungswahlblock 111 Mandate, die Polnische Sozialistische Partei, die bekanntlich eine Wahlgemeinschaft mit den deutschen Sozialisten hat, 51 Mandate, die Bauernpartei, die auf dem sozialistischen Standpunkt steht, 30 Mandate, die Nationale Arbeiterpartei 8 Mandate, die Ukrainische Bauernpartei Selrobs-Rechts 5 Mandate, Selrobs-Links 4 Mandate, die regierungsfreundliche Bauernpartei 21 Mandate, die Kommunisten 7 Mandate, die Zionisten in Kleinpolen 6 Mandate, der Minderheitenblock 46 Mandate, die Weiskuffische Frontada, die bekanntlich in unerhörter Weise von der Regierung terrorisiert wurde, 5 Mandate, und die Vereinigten katholisch-nationalen Rechtsparteien 58 Mandate.

Die übrigen Mandate verteilen sich auf kleinere Lokalklisten. Die einzelnen Mandatsziffern werden noch durch die Staatsliste eine Verstärkung erfahren. So dürfte die Regierungspartei 130 Abgeordnete im kommenden Parlament zählen. Die polnische Sozialisten die im alten Sejm 41 Sitze inne hatten, werden voraussichtlich 61 Mandate erhalten. Der Bestand des Minderheitenblocks dürfte sich auf 53 Mandate erhöhen.

Nach dieser Meldung hat die Regierungspartei eine überraschend große Zahl von Mandaten aufzuweisen, die sie hauptsächlich auf Kosten der bisher stärksten Rechtspartei, der Nationaldemokraten errang.

Besonders günstig scheinen auch die nationalen Minderheiten abgesehen zu haben. Die Erfolge der Sozialdemokraten erschienen auch nach den neuesten Meldungen unbedeutend. Im übrigen wird die Zuverlässigkeit des Wahlergebnisses, nach einem Bericht des Ost-Expreß, von den Oppositionsparteien stark angezweifelt, besonders in den polnischen Ostmarken.

Eine Machtposition der Militaristen

Der Lohmann-Konzern

Von C. Merendorff.

Die deutsche Wirtschaftsgeschichte ist seit voriger Woche um eine Tatsache reicher. Im Bereiche der Reichsmarine gab und gibt es einen ganzen Wirtschaftskonzern, von dem die Öffentlichkeit bisher nicht die geringste Ahnung hatte. Das Gründungsneue der Seetransportabteilung oder der „Lohmann-Konzern“, ist den erstaunten Augen der Mitwelt enthüllt worden. Es ist Zeit, eine Bilanz zu machen und den Ueberblick nicht zu verlieren; so verwirrend ist die Fülle der Schlag auf Schlag zutage getretenen Tatsachenmomente. Jeder Tag bringt neue Offenbarungen und noch wissen wir nicht, ob das schon alles ist.

Die Seetransportabteilung (STA), dies Mutter-schiff des Konzerns findet sich auf der Einnahmeseite des Marine-Etats. Dort lebt die STA als eine der zur „Selbstbewirtschaftung“ abgegrenzten Einrichtungen seit Jahr und Tag ihr Sonderdasein. Einnahmen und Ausgaben sein äußerlich ausgeglichen und gegenseitig abgewogen (nicht ganz 1 Million), alles im Gleichgewicht, pifflauber aufgeschauert, wie sich das für ein solches Beiboot der Reichsmarine eben gehört. Bei der Parade vor den Volksvertretern muß alles glänzen! Hinter diese Bilanz zu dringen, war bisher fast vergeblich. Die Fachleute hatten schon lange Zweifel, ob die Dienstgeschäfte der Seetransportabteilung eine solche Sonderanordnung rechtfertigen. In der Hauptsache bestand ihre Aufgabe in der Versorgung der Brennstoffmittel für die Marine. Aber neben dem Kohlenankauf und Transport hatte sie sich auch mit der Bewirtschaftung der Seekriegsbeute aller Art befaßt; sie veranlagte Minen und Brisen und betreute auch die menschlichen Kriegsgefangenen, aus deren Rücktransport sie nicht geringen Erlös zog. Kurzum die STA war so eine Art Weltkriegs-nach-lagerdepot. Daß bei ihr aber etwas „nicht stimmte“, war bald sonnenklar. Das erste größere Objekt, mit dem sie sich und ihren Tätigkeitsdrang herausstellte, war das Rotor-schiff „Barbara“. Es war in ihrem Auftrag gebaut worden und blieb im Besitz der Seetransportabteilung. Warum, wieso ein Rotor-schiff, ist schwer einzusehen — angesichts der Tatsache, daß die Flottenschiffe die Kinderkrankheiten ja noch lange nicht überwunden haben. Immerhin — bei einer Parade-fahrt nach Italien wurde es durch den persönlichen Besuch Mussolinis enorm ausgezeichnet; vielleicht ist das für die Herren unserer Marine schon Lohn genug!

Man sieht, das Leben und Treiben an Bord der STA war bunt und anregend. Es wuchs aber mit der Inflation und wurde phantastisch mit der Stabilisierung der Mark. Die STA wurde geradezu von einem Gründungs-fieber geschüttelt. Sie gründete, was ihr in die Hände kam. Sieht man heute ihr Register durch, so geht alles wie Kraut und Rüben durcheinander: Sie gründete eine Bank, machte in Film, handelte mit Speck, baute Flugzeuge und Rotor-schiffe, kaufte Häuser und betrieb schließlich auch Waffengeschäfte (Kiel). Warum handelte sie eigentlich nicht mit marinierten Herings? Das wäre doch das Nächstliegende gewesen!

Im einzelnen umfaßt die Liste der Unternehmungen des Lohmann-Konzerns bis jetzt folgende Nummern:

1. Berliner Bankverein (Mehrheit der Aktien),
2. Phöbus-Film-W.G., Berlin,
3. A. Berliner Vacan-Romanie-W.G., Berlin-Lichtenberg,
4. Travemünder Jachthafen-W.G., Berlin, Likhowufer 3,
5. Deutscher Hochseefahrtverband Hansa C. B., Berlin, Likhowufer 3,
6. Navis, GmbH, Berlin, Likhowufer 3,
7. Lebig, Technische Beratung und Beschäftigung, GmbH, Berlin, Likhowufer 3,
8. Seeflugversicherungsanstalt „Severa“ GmbH, Berlin, Blumeshof 17,
9. Caspar-Flugzeugwerke Lübeck-Travemünde,
10. Otwi, GmbH, Bremen-Deimelshorst, Handelsabteilung, Berlin, GmbH.

Das ist, wie gesagt, nur eine vorläufige Liste; auf Vollständigkeit kann sie keinen Anspruch erheben. Die Beteiligung am Berliner Bankverein hat Reichsanwalt Marx in der Reichstags-sitzung vom 21. Januar mit den schönen Worten begründet, Lohmann habe sie erworben, „um eine Bank zur Vornahme geschäftlicher Transaktionen zur Verfügung zu haben.“ In der Tat sind denn auch die Mehrzahl der Gründungen via Berliner Bankverein erfolgt teilweise wiederum unter sehr auffälliger Zuhilfenahme von weiteren Strohmännern. Welche Bewandnis es im einzelnen mit den Unternehmungen hat, darüber wäre es verfrüht, jetzt schon zu sprechen. Der Gesamtverlust beläuft sich bis jetzt auf schätzungsweise 30 Millionen Mark. Auch das gibt einen Begriff von dem Umfang des ganzen Unternehmens.

Zunächst wird man abwarten müssen, ob die Sämisch-Denk-schrift vollen Aufschluß geben wird. Ueber die Quelle der Mittel bestehen jedenfalls nach wie vor Zweifel. Auch ein „Abwicklungsfonds“ oder gar ein „Ruh-fonds“ wäre nur ein Papiermark-fonds. Herr Lohmann müßte ein Finanzgenie gewesen sein, ein Ueber-Michael, wenn er das Kunststück fertiggebracht hätte, aus einem solchen „Fonds“ jahrelang Verlustgeschäfte zu decken. Die Frage lautet: Woher stammen die Festmarkbestände, die hier veräußert wurden? Zum Teil sind die Verluste erst noch fällig. Sicherlich hat aber die STA manchen Geschäftszweig nur unter dem Gesichtspunkt aufgenommen, wie beschaffen wir uns Mittel, um die anderen Unternehmungen zu subventionieren? Was Navis, Travemünder Jachthafen-W.G., Severa, Otwi usw. im einzelnen produzierten, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis. Die Jachthafen-Reustadt in Schleswig-Holstein mit ihren schönen Motorbooten kostete jedenfalls eine Menge Geld und was die Caspar-Flugzeugwerke in Lübeck angeht, so haben sie eben mit einem Verlust von rund drei Viertel Million zu Lasten der Reichsmarine ihren Bankrott angemeldet! Be-kommt deshalb in diesem Zusammenhang ein „Geschäft“, wie die Kieler Munitionsfabrikation, in der ja Namen von Angehörigen der STA die Hauptrolle spielen, nicht seinen besonderen Sinn?

Wie dem aber auch sei, der letzte Zweck des Lohmann-Konzerns ist auch dann noch nicht enthüllt, wenn über seine Ausdehnung reiflich Aufklärung geschaffen sein sollte. Lag er tatsächlich im Geschäftlichen? Dann schlimm genug — oder lag er anderswo? Waren die Gesellschaften nur Deckmantel für Tätigkeit ganz anderer Art und dann welcher? Dann erhebt sich sofort die Frage: Wer ist verantwortlich? Abriiden von Herrn Lohmann dürfte dann nicht genügen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schrieb bereits am 22. November (!) vorigen Jahres: „Es liegt kein Anlaß vor, den ganzen Bericht des Sparkom-

missars Sämisch über die Erhebungen in der Phöbusangelegenheit dem Ausland (!) zu unterbreiten.“ Dem erschrockenen Berliner Tageblatt drohte man ebenfalls mit einem Landes-verratsprozeß. Wenn das alles kein Bluff ist, um so inter-essanter, um so wichtiger der Aufschluß!

Herr Gehler wußte, warum er fluchtartig das Feld räumte, als das Stichwort „Seetrans-portabteilung“ fiel. Herr Gröner hingegen hat sich in die Herkulespose geworfen: „Ich bin entschlossen, mit allen ber-artigen illegalen Unternehmungen (!) gründlich aufzu-räumen.“

Die Stroh- und Lohmänner stehen wie die betäubten Loh-gerber da, denen die Felle wegauszuwimmen drohen. Wir aber sind der Ansicht, daß es noch schwere Kämpfe kosten wird, bis dieses Nest ausgeräumt ist. Die Machtposition, die sich unsere Militaristen im Lohmann-Konzern geschaffen haben, ist ihnen viel zu wichtig, als daß sie sie gut- und freiwillig aufgeben würden!

Heraus mit dem Bericht!

SPD Der Reichsländer hat die Führer der großen Reichs-tagsgesellschaften für Mittwochnachmittag um 5 Uhr zur Erörterung des Phöbusberichts zu sich gebeten.

Die sozialdemokratische Fraktion vertritt nach wie vor die Auffassung, daß der Bericht nicht länger vertraulich zu halten ist. Aber selbst, wenn sich die Regierung zu einer Veröffentlichung nicht bereit zeigen sollte, dürften wahrscheinlich weitere Einzelheiten über das Ergebnis der Unterredung nicht mehr geheimzuhalten sein.

Gegen Mussolinis Unterdrückungspolitik Sozialdemokratische Südtirol-Rundgebung

WLB Innsbruck, 5. März.

Die sozialdemokratische Partei veranstaltete heute abend eine massenhafte Besuche Versammlung unter der Devise „Die Sozialdemokratie und das deutsche Südtirol“. Nationalrat Abram sprach zunächst Mussolini das Recht

Mussolini



Der größte Lautsprecher Europas!

ab, deutschen Männern und Frauen oder dem österreichischen Nationalrat und anderen Körperschaften verbieten zu wollen, Kundgebungen für die Deutschen Südtirols zu veranstalten. Wir haben die Pflicht, sagte der Redner, für die Deutschen Südtirols einzutreten. Der Redner verlas sodann ein von der Versammlung mit stürmischen Beifall aufgenommenes Telegramm des Präsidenten des deutschen Reichstags, Lübe, das folgenden Wortlaut hat:

Unwandelbare Treue und Solidarität wahr! den unterdrückten Deutschen Südtirols das ganze deutsche Volk.

Die Rede des Nationalrats Abram wurde mit lebhaftem Bei-fall aufgenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende, Stadtrat Berger, die Versammlung nach Dankesworten mit dem Rufe nach Gerechtigkeit und einer Kundgebung gegen den Krieg. Die Versammlung ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen.

Vor einer Konferenz der Seemächte?

SPD Paris, 5. März.

Die Betrauung des amerikanischen Gesandten in Brüssel mit der Vertretung der amerikanischen Interessen auf der internationalen Abrüstungskonferenz hat hier zu den Gerüchten Anlaß gegeben, daß das Washingtoner Staatsdepartement den in Genf vertretenen Regierungen neue, sehr weitgehende Abrüstungsvorschläge zu unter-breiten beabsichtigt. Angeblich soll die Einberufung einer neuen Sonderkonferenz der Seemächte beantragt werden.

Die „Abrüstung“

WLB Paris, 5. März.

Die Finanzkommission des Senats legte heute ihre endgültige Stellungnahme zum Gehaltswort über die einjährige Dienstzeit fest. Als unerlässliche Voraussetzung für die Einführung der ein-jährigen Dienstpflicht bezeichnete der Berichterstatter die genü-gende Einstellung von Berufssoldaten und Mil-litäragenten, die Einstellung von 25 000 Zivilangestellten und die Schaffung einer mobilen republikanischen Garde, die die öffentliche Ordnung zu sichern hätte. Der Bericht-erstatter wies weiter auf die großen finanziellen Mehrausgaben bei Einführung der einjährigen Dienstzeit hin. Er beziffert diese Ausgaben auf etwa 800 Millionen Franken.

DE Warschau, 4. März.

Die polnische Regierung hat in Frankreich den Bau von 5 Unterseebooten in Auftrag gegeben. Im Laufe dieses Monats begeben sich etwa 20 polnische Unteroffiziere unter Führung eines Hauptmanns nach Frankreich, wo sie für den Dienst auf Unter-seebooten ausgebildet werden sollen.

Das Haager Schiedsgericht gegen den Völkerverbundskommissar

WLB Amsterdam, 1. März.

Der ständige internationale Gerichtshof in Haag hat heute in öffentlicher Sitzung die vom Völkerverbund ver-lange Entschädigung über die Kompetenz der Danziger Gerichte in Angelegenheit der in polnischen Dienst übergetretenen Danziger Eisenbahnbeamten gefällt.

Der Danziger Völkerverbundskommissar van Hamel hatte ent-schieden, daß die Danziger Gerichte für die Streit-prozesse zwischen den Eisenbahnbeamten und der polnischen Eisenbahnver-waltung zuständig seien, fügte jedoch hinzu: Ausgenommen da, wo Bestimmungen des Beamtenabkommens getroffen werden.

Der Haager Gerichtshof hat diesen Zusatz als gesetzlich nicht be-gründet, abgelehnt. Er entschied ferner, daß die Danziger Gerichte zufolge der Entscheidung des Obersten Völkerverbundskommissars für die fraglichen Prozesse zuständig sind.

Die Entscheidung des Haager Gerichtshofes richtet sich nicht nur gegen Polen, sondern gleichzeitig gegen den Kommissar des Völkerverbundes van Hamel, denn es ist klar, daß der von ihm gemachte Vorbehalt praktisch einer Stellungnahme zugunsten Polens gleichkam. Dies ist bereits der zweite Fall, in dem eine Entschä-digung zugunsten der Stadt Danzig hat fallen müssen, weil sich der Völkerverbundskommissar van Hamel stets zugunsten Polens aus-zusprechen pflegte.

Wahlrecht und Splitterparteien

Eine Denkschrift der Reichsregierung

Die Reichsregierung hat die bereits angekündigte Denkschrift über das Wahlrecht und die Splitterparteien fertiggestellt. In ihr wird ein Vergleich angestellt zwischen den für das Wahlrecht im Reich und den in den einzelnen Ländern geltenden Bestim-mungen. Dabei werden die für die Einreichung der Brükken Wahlvorschlüge erforderliche Unterschriftenzahl, so-wie die Bestimmungen, die auf eine unterschiedliche Be-handlung der Parteien bei Einreichung der Wahlvor-schlüßel abzielen, aufgeführt. Schließlich sind Angaben darüber ge-macht, ob bei Einreichung der Wahlvorschlüßel Geldkautionen gefor-dert werden, ob amtliche Stimmzettel eingeführt und ob und wie die Parteien zu deren Kosten herangezogen werden. Kautio-nen sind gefordert in Mecklenburg für die neuen Parteien 3000 Mark, in Hessen 5000 Mark, in Mecklenburg-S-treliß 2000 Mark und in Sachsen 3000 Mark. In allen Ländern besteht der amtliche Einheitsstimmzettel. In den meisten Ländern trägt das Land die Kosten selbst. Nur in Lippe müssen die Parteien zu den Kosten der Herstellung 40 Mark beitragen, in Hessen 200 Mark, während in Württemberg die Kosten der Herstellung und Versendung der Stimmzettel von den Parteien der Staatskasse zur Hälfte zu ersetzen sind. Für jede Bezirksvor-schlüßeliste sind 20 Mark zu hinterlegen, die zur Deckung der Kosten dienen. Etwa überschüssige Reste werden zurückgezahlt.

Sehr verschieden sind in den einzelnen Ländern die Bestim-mungen über die Zahl der Unterschriften, die die neuen Parteien für ihre Wahlvorschlüßel beizubringen haben. Das Reich verlangt 500 Unterschriften, dagegen fordern Preußen 500 Unterschriften, Bayern 20 Unterschriften, Sachsen 500 Unter-schriften, Württemberg 10 Unterschriften, Baden 2 v. S. der bei der vorherigen Landtagswahl im Wahlkreise Stimmberechtig-ten, Thüringen 2000, Hessen 7000, Hamburg 30, Mecklenburg-Schwerin 3000, Oldenburg 20, Braun-schweig 1000, Anhalt 50, Bremen 25, Lippe 30, Lübeck 30, Mecklenburg-Streliß 150, Walded 500, Schaumburg-Lippe 30. Das Aufkommen der Splitterparteien ist nach den bestehenden Bestimmungen am schwersten in Baden. Hier mußten nach der letzten Landtagswahl bei 65 552 Stimmberechtigten 1311 Unterschriften für einen neuen Vorschlag aufgebracht werden. Das ergibt ein Verhältnis von 2 Prozent. Wenn man die Zahl der Unterschriften mit der Durchschnittszahl der Stimmberechtigten im Wahlbezirk in Verbindung bringt, macht es alsdann Walded den Splitterparteien am schwersten mit einem Prozentsatz von 1,433. Es folgen Hessen mit 0,806, Thüringen mit 0,778, Mecklenburg-Schwerin mit 0,719. Nach dem Reichstagswahlrecht ergibt sich ein Satz von 0,044. Leichtest als für die Reichstagswahlen wird es den Splitterparteien gemacht in Bayern mit einem Satz von 0,003, in Württemberg, in Hamburg, in Oldenburg, in Anhalt und in Lübeck.

In diesem Zusammenhange sei auf einen Vorschlag des Reichs-innenministers Reubell über die Behandlung neuer Parteien bei Reichstagswahlen hingewiesen. Nach diesem Vorschlage sollen in Zukunft auf den amtlichen Stimmzettel nur die Parteien gedruckt werden, die im Parlament mit den wichtigsten vier Abgeordneten bereits vertreten sind. Alle sonstigen Vorschläge irgendwelcher Parteien sollen wegfallen. Für sie soll nur eine Spalte freibleiben, in die der Wähler die von ihm gewünschte Partei eintragen kann.

Auch ein „Notleidender“

Wie der Berliner Montag Morgen meldet, soll sich der vor-malige Kronprinz entschlossen haben, den großen Grundbesitz von Dels, der ihm durch den Vergleich mit dem preußischen Fiskus im vorigen Jahr zugesprochen wurde, zum allergrößten Teil zu ver-kaufen. Es sei bekannt, daß der Delfer Besitz teils infolge der all-gemeinen Agrarkrise, teils infolge der Geldansprüche der kronprinzlichen Familie heute ein Defizitunternehmen geworden sei.

Die Güterverwaltung des ehemaligen Kronprinzen in Dels läßt die Nachricht von dem Verkauf ihrer Güter widerwärtig. Es sei „jetzt nur ein Gut von 1300 Morgen an eine gemeinnützige Siedlungs-gesellschaft verkauft worden“.

Was der Kronprinz mit seinen Gütern macht, ob er sie „jetzt“ oder erst in wenigen Wochen verkauft, ist schließlich seine Sache. Uns interessiert an dem Verkauf nur der Grund, und der ist nach Mitteilungen des Soz. Pressebüros darin zu suchen, daß die Güter sich unter der kronprinzlichen Leitung unrentabel ge-staltet haben. Unregelmäßigkeiten der verschiedensten Art, Un-teranschlagungen und was es sonst noch an ähnlichen Dingen gibt, sollen dazu beigetragen haben. Ueber solche Zustände braucht man sich nicht zu wundern. Jedes Geschäft, dessen verantwortlicher Lei-ter monatelang nur Spritztouren macht und der, wie der Kron-prinz, nur das eine Bedürfnis hat, Ratt zu arbeiten auf a rohem Fuße zu leben, muß auch schließlich kaputt gehen. Das gilt für einen großen Teil der Großagrarier ebenso wie für den Hausherrn von Dels. Das ist auch der Grund, warum die Sozial-demokratie es ablehnt, die persönliche Miswirtschaft vieler Groß-agrarier durch neue Kredite zu belohnen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herre in Leipzig

Verantwortlich für den Inlertenanteil:

Hugo Seydand in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-gesellschaft Leipzig

Gesunde Nerven. Gut. Körperkraft erhöhen
die Leistungsfähigkeit: beste Erfolge durch Saloner-phat, bestes Geschenk für jedermann. Allein König-Salomo-Apotheke, Postversand Grimma'sche Straße 47

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten

Bayerische Konfessionsblüten

München, Ende Februar.

Geschiedene Lehrer dürfen in Bayern unter der Herrschaft des Konfessionsblüten...

Das Lehramt ist in Bayern vollständig konfessionalisiert... im Sinne einer absoluten Beherrschung...

Nun soll auch nach die Lehrausbildung restlos konfessionalisiert werden...

Lebt da in Ostfriesland, einem kleinen Orte in der Nähe von München...

Der Orisppfarrer verlangt wiederholt und dringend die Entfernung des Bildes...

Als die Regierung wegen dieses unglaublichen Vorfalles im bayerischen Landtag zur Rede gestellt wurde...

Man sieht, wohin wir im Reiche kommen müßten, wenn der Reichstag in seiner Mehrheit das Schicksal des katholischen Schulgesetzes...

Der katholische bayerische Klerus hat hinsichtlich der christlichen Nächstenliebe überhaupt Musterexemplare aufzuweisen...

Als kürzlich der Abgeordnete Mayer auf Konnersreuth zu sprechen kam und dabei äußerte: „Wenn es schon einen Gott gäbe...“

Die Reformation gilt in Bayern nicht. Zwar kann man ihr nicht mehr mit Scheiterhaufen und Holzwerkzeugen auf den Leib rücken...

Völlige Abstumpfung durch Not

Zu welcher grauenvollen Verwahrlosung jahrelange Not führen kann, zeigten die Verhaftungen in einer Revisionshandlung vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts...

Die „Not“ der Unternehmer

Wirtschaftsdebatte im Reichstage

Berlin, 5. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. v. Kaumer (D. Vp.) wendet sich gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Heinig. Das Ziel aller Wirtschaftspolitik müsse sein, dem Volke möglichst günstige Lebensbedingungen zu schaffen...

Die vom Abg. Heinig angegebenen Zahlen über das Verhältnis der Löhne zum Umsatz bei Siemens sind grundsätzlich im Maschinenbau machen die Löhne einen sehr großen Prozentsatz der Selbstkosten aus...

Ähnere gesamte Wirtschaftspolitik muß unter der Tatsache stehen, daß wir in der Landwirtschaft einen Krisenfanal ersten Ranges haben und daß wir in absehbarer Zeit weniger mit dem Binnenmarkt als mit dem Export zu rechnen haben...

Abg. Meyer-Berlin (Dem.): Die Regierung habe ihre Versprechen in bezug auf Beseitigung der wirtschaftsfeindlichen Schranken und Förderung des Handelsvertrags nicht gehalten...

Die gestohlenen Altarbilder

Ein wichtiger Diebstahl der Altarbilder auf Schloß Radolzburg in Bayern hat in der gesamten Kunstwelt ungeheures Aufsehen erregt. Der intellektuelle Urheber dieses einzigartigen Verbrechens, das an den sensationellen Diebstahl der Mona Lisa aus dem Pariser Louvre...

Die Altarbilder waren nicht verkauft. Meyer sah deshalb den Plan, sich gewaltsam in den Besitz der unschätzbaren Kunstobjekte zu setzen. Er überredete Lippmann und Schmidt...

Die Altarbilder waren nicht verkauft. Meyer sah deshalb den Plan, sich gewaltsam in den Besitz der unschätzbaren Kunstobjekte zu setzen. Er überredete Lippmann und Schmidt...

Lippmann hat übrigens auch zusammen mit seinem Freunde Meyer bei den Kunstverkäufen des Herzogs von Anhalt, die vor einiger Zeit die Öffentlichkeit sehr beschäftigten, eine eigenartige Rolle gespielt. Beide standen in enger Beziehung zu dem Dessauer Hofkapellmeister Spielmeier...

Lippmann hat übrigens auch zusammen mit seinem Freunde Meyer bei den Kunstverkäufen des Herzogs von Anhalt, die vor einiger Zeit die Öffentlichkeit sehr beschäftigten, eine eigenartige Rolle gespielt...

was das Kabinett für die Preisentwertung getan habe, seien Ermahnungen an den Kleinhandel und das Handwerk gemeint.

Abg. Roenen (Komm.) meint, das Wirtschaftsministerium sei dem industriellen Scharfmachertum gegenüber völlig ohnmächtig. Dieses Scharfmachertum unterscheide sich in nichts von dem der Kaiserzeit...

Nach der Rede des Abg. Roenen ruft von der Publikumstribüne eine Frau in den Saal: „Wo bleibt das Liquidations-schuldengesetz? Warum nehmen Sie uns jede Möglichkeit, weiterzuleben? Das ist eine Ungerechtigkeits!“

Abg. Mollath (Wirtsch. Vgg.) mit Anleihen der Wirtschaft auf die Dauer nicht zu helfen, denn Amerika, das früher von Europa Geld zu 3 Prozent erhielt, bezahle jetzt sein Geld mit 8 bis 9 Prozent...

Abg. Raush (Bayr. Vp.) begrüßt die Schaffung des Reichsministeriums für das Handwerk beim Reichswirtschaftsministerium. Wichtig sei aber vor allem eine Abstellung der Klagen des Handwerks darüber, daß bei der Vergebung von Aufträgen durch die Reichsstellen nicht nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren werde...

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.). Die Ausföhrung der deutschen Wirtschaft durch die Damesgesellschaft könne nicht beschönigt werden durch den Hinweis auf die Passivität der deutschen Handelsbilanz in der Vorkriegszeit.

Abg. Brühl (Dem.) fordert eine größere Einschränkung des Reichswirtschaftsministeriums auf die Sozialpolitik.

Abg. Subjahn (Din.) wünscht stärkere Berücksichtigung des Handwerks bei der Vergebung behördlicher Aufträge. Darauf wird die Beratung abgebrochen.

18.30 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, 14. März. Auf der Tagesordnung steht neben dem Rest des Wirtschafts-etats die zweite Beratung des Verkehrsetats.

geber, der den raffinierten Diebstahl finanziert hat. Die gestohlenen Bilder sind inzwischen nach der Radolzburg zurückgebracht worden.

SPD Berlin, 6. März (Radio). Der wegen Gemälbediebstahls aus der Radolzburg verhaftete Kunsthändler Lippmann ist gestern nachmittags von Beamten der Berliner Kriminalpolizei nach Fürth gebracht worden...

Ein Industriellenführer Opfer eines Autounfalls

Mantisch von der europäischen Kohlstahl-gemeinschaft tot

SPD Paris, 6. März (Radio).

Das Auto des Präsidenten der europäischen Kohlstahlgemeinschaft, Manrich, erlitt auf der Fahrt nach Paris, wo er an einer Sitzung des Kohlstahlrats teilnehmen wollte, bei Chalons sur Marne einen schweren Unfall. Das umstürzende Automobil tötete den Präsidenten und verletzte seinen Chauffeur und seinen Diener schwer...

Explosionskatastrophe in Polen

TL Berlin, 5. März.

Ein Berliner Blatt meldet aus Danzig: Wie aus Czernochau gemeldet wird, ereignete sich in Dzialosyn, unweit der deutsch-polnischen Grenze, eine furchtbare Explosionskatastrophe. In der Wohnung eines gewissen Kieber, der sich gewerkschaftlich mit Kofain- und Scharlachmuggel beschäftigte, wurde eine Hausungung abgehalten...

Schweres Betriebsunglück

SPD Berlin, 6. März (Radio).

In dem Mischbetrieb der Vereinigten Stahlwerke A.G. in Wilhelmshütte bei Mülheim a. d. Ruhr führte eine Gießkanne, die mit flüssigem Eisen gefüllt war, durch Ausweichen des elektrischen Stromes zu Boden und kippte um. Drei in der Nähe beschäftigte Arbeiter wurden durch das weit herumspringende glühende Eisen so schwer verletzt, daß zwei von ihnen im Krankenhaus nach einigen Stunden ihren Brandwunden erlagen. Der dritte Verunglückte rettete sich durch einen Sprung aus dem Fenster. Er hat jedoch so schwere Brandwunden davongetragen, daß an seinem Aufkommen gewweifelt wird...

Influenza in Tokio

SPD Berlin, 6. März (Radio).

In Tokio ist eine Influenzaepidemie, die durch schnittlich täglich 60 Todesfälle zur Folge hat, ausgebrochen.

Rund um Technische und Baumeffe

Von K. W. J. Zelt.

Eine neue Halle fällt diesmal gleich in die Augen, die Halle 7, in der eine sehr geschickte Lösung, nämlich das Abfangen der Dachlast durch sieben gewaltige Gitterträger alle Stützpfosten in der 13 000 Quadratmeter messenden Halle vermeiden läßt. Sie wirkt

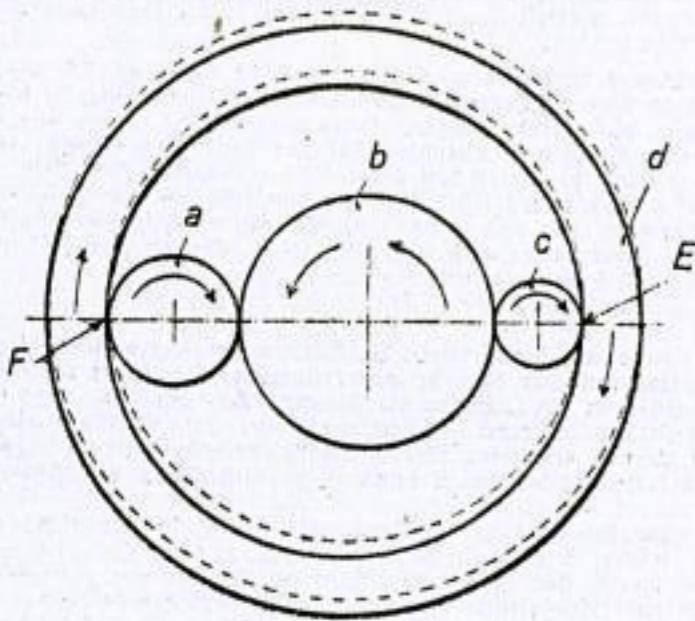


Abb. 1. Krupp-Helldachgerüste.

im ganzen intimer als die benachbarte Werkzeugmaschinenhalle 9, die ja auch für ganz andere Nischen bestimmt ist. Wenn diese heuer ausgeblieben sind, so trägt wohl einen Teil Schuld daran die Berliner Werkstoffschau vom vorigen Herbst. Immerhin sieht man ganz niedliche Blech- und Trägerformen, ferner eine schwere Schmelzmaschine und eine neue Dampf- oder Luftkammerbauart, die wegen der dünnen Stange, an der der Hammerbügel hängt, zunächst einen etwas ängstlichen Eindruck macht. Doch ist sie durchaus richtig auf dem Gedanken konstruiert, diese Stange nur Zugkräfte übertragen zu lassen, also Knickgefahr zu vermeiden. Das Gewimmel der anderen Maschinen zeigt unablässigen Fortschritt an Präzision, Formgebung, Geschlossenheit des Zusammenbaues mit dem Antriebsmotor und natürlich auch Leistungserhöhung. Eine Schleifmaschinenfirma — das Schleifen nicht nur runder, sondern auch ebener Flächen hat gewaltigen Umfang erlangt — läßt eine ganze Lokomotive an den einzelnen Bohrfächern durch geeignete Schleif-

apparate zugleich nacharbeiten, was natürlich eine ganz wesentliche Vereinfachung bedeutet. Die einzige Ueberlegung aller der rein technisch eingestellten Gehirne, die diese Wunderwerke zusammenzubringen, ist Leistungserhöhung als Selbstzweck. Was für Erschütterungen noch nötig sein werden, um endlich auch das Bedürfnis nach dem Verständnis für die gesellschaftlichen Wirkungen dieser blinden Produktionssteigerungen zu wecken? Doch wird bei alledem diese stolze Kathedrale der Technik, wie man die Halle 9 ruhig nennen darf, von einem so unerbittlichen Fortschrittsgeist durchweht, daß man davon andere Früchte zu erwarten berechtigt ist als von dem versteinerten Dogmatismus, der in den wirklichen Kathedralen zu Hause ist.

Ein Beweis dafür ist auch die zusehends wachsende Bedeutung der Normung, die nicht nur in Halle 9 eine gewaltige Literatur zum Vorschein bringt, sondern auch an anderen Orten Proben von der fortgeschrittenen Normung von Werkstoffen und Bauteilen, auch von Haushaltartikeln, ausgestellt hat.

Ueber die Straße hinüber zur Sowjetunion, und wie stehen inmitten reichster Naturfülle pflanzlicher, tierischer und mineralischer Art, deren Ausbeutung naturgemäß aber noch sehr im argen liegt und bei der gegenwärtigen Konstellation auch noch lange liegen wird.

Unmittelbar daneben steht ein gewaltiges Bohrgestüt einer rheinischen Firma, wie es für Petroleum- und andere Bohrungen verwendet wird. Das ganze Freigelände rundherum ist angefüllt von Luftdruckanlagen für maschinelles Pflastern und mit Straßen-

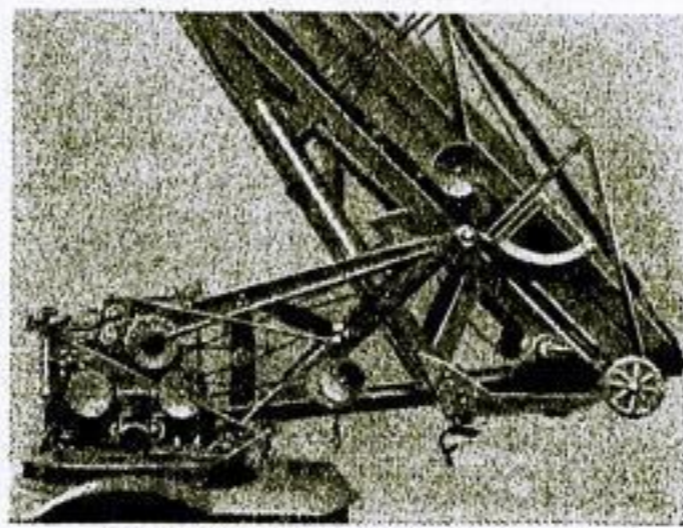


Abb. 2. Generatormotoren, 20 Meter hoch.

bau-Maschinen sowie Feldbahnen und Verschiebelokomotiven. Sinnen hat eine Arbeitsgemeinschaft von vier Leipziger Baufirmen den Mehrfachern einmal dankenswerten Einblick gewährt in den Eisenbetonbau mit allen Schikanen, Gießturm für die Betonmischung und dergleichen. Auch Dampfmaschinen und Bagger verrichten dort ihre lärmende Arbeit.

In der Halle 21, der Wärmetrafikhalle, pufft es allerorten von den Rohlmotoren jeder Gestalt und Größe bis 350 Pferdestärken. Eine Dampflokomotive, früher so beliebt, fällt direkt auf, und die Erdbeuerin, eine alte Dampf-Spezialistin, stellt selber Rohlmotoren aus. Aber die Zeit des Dampfes wird wiederkommen, wenn man gewohnheitsmäßig mit 60 und 100 Atmosphären arbeiten wird — die Vorarbeiten sind in vollem Gange — und dann die Dampfwärme in Heizkörpern restlos aufbrauchen wird. Wir wünschen, daß man die gesellschaftlichen Fortschritte, die die Entwicklung zum Sozialismus, halb so schnell voraussehen könnte als der technische sich durchsetzt mit allen Wunden, die er vorläufig schlagen muß!

Eine süddeutsche Firma stellt das Modell eines sehr wirksamen Wasser-Wurfschleifers mit elektrischem Antrieb aus. Ein neues Getriebe zeigt Krupp in seinem Reibrad-Getriebe (Fig. 1),

das bis 12fache Ueberlegungen ins Langsame gestattet und nur ein Fünftelteil Energieverlust fordert. Daneben zeigt Krupp Proben eines veredelten Gußeisens, das die Festigkeitseigenschaften von Schmiedeeisen aufweist. An anderer Stelle zeigt die gleiche Firma den vervollkommenen Antrieb der Rohöl-Lokomotive, für die sich besonders Rußland vorläufig interessiert. Drei Geschwindigkeitsstufen können ohne Zwischenausstellung eingestellt werden. Leider ist bei uns jetzt die Elektrifizierung der Bahn so sehr im Vordergrund, trotz der teuren und verwickelten Oberleitung, daß wohl erst russische Erfolge uns im Verein mit den Interessen der kohlenerzeugenden Industrie auch dieser wirtschaft-



Abb. 4. Motor...

lichsten und unabhängigsten Lokomotivart wieder geneigt machen werden. — Das zeitgemäßeste Stück der Halle 21 ist der heiß ersehnte Rohlmotor für Fahrzeuge. Ein Modell der M.A.N. zeigt einen 75pferdigen Motor, bei dessen Bau auch das Leichtmetall nicht vergessen worden ist. Die Junkerwerke zeigen auch Rohlfahrzeug-Motoren in Halle 7. Diese erweckt diesmal auch nach ihrem Inhalt das Hauptinteresse. Eine gewaltige Heerschau des Kraftwagenbaues zeigt uns alle führenden Marken in stärkstem Wettbewerb. Ramentlich der Autobus ist in sehr vornehm wirkenden Exemplaren vertreten. Aber auch die verschiedensten Spezialwagen für städtische Zwecke sind entwickelt worden, Müllwagen (Abb. 2), Spreng- und Spülmwagen, Straßenkehrwagen, Krankenwagen, Feuerwehrwagen mit mechanischer 20-Meter-Leiter (Abb. 3, 4, 5) usw. Nimmt man noch den staatlichen Autopark auf dem hinteren Freigelände dazu, so erscheint ein gewaltiger Aufschwung des Kraftfahrzeugens unabsehbar. Uebrigens zeigt das auch schon der gewaltige Autopark der Besucher auf allen Zufahrtswegen. Ein Zeitungsartikel kann auf die vielen Fortschritte des Autobaus unmöglich eingehen. Sechszylinder und Vierradbremse beherrschen jedenfalls das Feld. Das Krastrad in allerhand Ausführungen nimmt natürlich seinen Anteil an dieser stürmischen Entwicklung. Schlepper zahlreicher Modelle ergänzen das Bild, oft in Verbindung mit Pflügen und anderen landwirtschaftlichen Maschinen. Die übrige Messe soll in einem weiteren Artikel behandelt werden.



Abb. 5. Motor-Spreng- und Spülmwagen mit Hochdruckpumpe.

Leben und Sterben von Sacco und Banzetti

6) Von Eugen Lyons.
Deutsche Zeilungsrechte: Ernst Kugel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 9.
Auch er suchte nach dem Sinn dieser mühseligen Sklaverei. Ein gleichmäßig häßliches Grau lagerte über den Industriefabriken, in denen er sich aufhielt, in denen Millionen von Arbeitern lebten und darbteten. Seine Klasse war immer von dem Alpdruck der Arbeitslosigkeit bedrückt, voller Sorgen um das tägliche Brot. Warum nur? Warum?
Seinem Temperament entsprechend, neigte er noch mehr als Sacco dazu, nach dem Sinn in diesem Dasein voller Widersprüche zu suchen, der ihm das soziale Unrecht erklärte und die Last des Lebens erträglich machen würde. Er war von Natur grübelnd. Nach einem anstrengenden Tag in den Steinbrüchen oder vor dem Feuer eines Biegelbrennofens ging er zu seinen Büchern, um die Lösung des Rätsels von Reichtum und Armut zu finden. Hier ist seine eigene Schilderung dieser Zeit:
„Kaum in Amerika angekommen, mußte ich alle die Leiden, Enttäuschungen und Entbehrungen durchmachen, die so unvermeidlich sind für jeden, der jung, ohne Lebenserfahrung und voll überspannter Hoffnungen landet. Hier sah ich die Brutalität des Lebens, die Ungerechtigkeit, die Korruption, mit der die Menschen so tragisch zu kämpfen haben.
Trotzdem gelang es mir, mich körperlich und geistig zu festigen. Ich studierte die Werke von Peter Kropotkin, Gorki, Merlino, Malatesta, Reclus; ich las Marx' „Kapital“ und die Werke von Leone di Labriola, das „Politische Testament“ von Carlo Pisacane, Mazzinis „Pflichten des Menschen“ und viele andere soziale Schriften. Ich las die Zeitschriften der Sozialisten, der patriotischen und religiösen Gruppen. Ich studierte die Bibel, „Das Leben Jesu“ von Renan und „Jesus Christus hat niemals gelebt“ von Misesbo. Ich las griechische und römische Geschichte, die Geschichte der Vereinigten Staaten, der französischen Revolution, der italienischen Revolution. Ich studierte Darwin und Spencer, Laplace und Newton. Aus neue las ich die „Göttliche Komödie“ und das „Erste Buch Jerusalems“. Ich las Leopardi und weinte mit ihm. Ich las die Werke Huos, Tolstois, Aolas, Cantus, die Gedichte von Gueff, Guertini, Kapilardi und Carducci.
Glaube nicht, lieber Leser, ich sei ein wissenschaftliches Wunder-

kind. Das ist nicht der Fall. Mein Grundwissen war zu unvollständig, meine geistige Kraft nicht ausreichend, um mir dieses ganze Material wirklich anzueignen. Dazu muß man auch bedenken, daß ich lernte, nachdem ich den ganzen Tag bei schwerer Arbeit verbracht hatte, in einer Umgebung, die erstem Studium nicht angepaßt war. Oh, wie viele Nächte sah ich über den Büchern bei einer flackernden Gasflamme bis tief in die Morgenstunden hinein! Und kaum hatte ich meinen Kopf auf das Kissen gelegt, so ertönte schon die Fabrikpfeife, und wieder mußte ich in die Fabrik oder in den Steinbruch.“
So entdeckte auch Banzetti den Sinn, der in den gesellschaftlichen Gegensätzen liegt.

Ihr Klassenbewußtsein erwacht.
Fast in jeder industriellen Stadt gab es solche Sucher nach Verständnis und Klarheit, wie es Sacco und Banzetti waren. Nach den Arbeitsstunden fanden sie sich in „Zirkeln für soziales Studium“, in „Naturforschungsclubs“ zusammen, um über diese Dinge zu diskutieren. Sie wurden die Klassenbewußte Minderheit unter der eingewanderten Bevölkerung, und unter ihnen entwickelte sich ein Gefühl kameradschaftlicher Zusammengehörigkeit.
Sie sahen die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft und nahmen den Kampf für ihre Klassenossen auf. Der Streik der 30 000 Textilarbeiter, an dem sich dreißig verschiedene Nationalitäten beteiligten, wurde auch ihr Kampf. Sie beteiligten sich an den Kämpfen der Eisenarbeiter in Hopevale, der Schuharbeiter in Brockton, Lynn und Haverhill, der Arbeiter in den Tauwerken von Plymouth.

Viele dieser Klassenbewußten italienischen Einwanderer sahen die Cronaca Sovversiva, eine Zeitschrift, die von Luigi Galleani redigiert und herausgegeben und auch zum größten Teil geschrieben wurde. Es bildete sich eine lose Gruppe, nicht im Sinne einer Organisation, sondern mehr als eine geistige Bruderschaft; es gab weder Funktionäre noch Mitglieder. Sie hielten zusammen und rechneten auf gegenseitige Hilfe bei Streiks, bei Verhaftungen zum Besten bedürftiger Kameraden. Der Feuerkopf Galleani, eine patriarchalische Erscheinung, war der führende Geist dieser Gruppe. Er hielt Vorträge in ihren Studienzirkeln, er sprach in den Streikversammlungen, war ihnen Freund und Vater. Die Auflage seiner Zeitschrift überstieg auch während der besten Zeit wohl kaum sechshunderttausend. Aber sein Einfluß wirkte sich durch seine Leser auf einen großen Teil der italienischen Einwandererbevölkerung aus.

In Newyork gab Carlo Tresca eine Zeitung heraus. Auch seine Leser bildeten eine geistige Gemeinschaft, die sich über das ganze Land erstreckte. Er war Anarcho-Syndikalist — zum Unterschied vom reinen Anarchismus Galleanis — und seine Gruppe stand den Tageskämpfen der Arbeiterklasse um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen viel näher. Doch die Anhänger dieser beiden Gruppen waren nicht sehr scharf getrennt. Trotz fetterischer Diskussionen in den Zirkeln hielten sie in den Arbeitskämpfen zusammen, wie es sich bei den Streiks in Lawrence und Lowell, in Mesaba Range und Paterson und den Tauwerken von Plymouth gezeigt hat.

Sacco und Banzetti beteiligten sich an den Klubs und Zirkeln, in denen der Einfluß Galleanis vorherrschend war. Für Radikalismus, ihre Feindschaft gegen die kapitalistische Gesellschaft wurzelte nicht nur in Galleanis Cronaca Sovversiva, sondern in den realen Zuständen in den Fabriken, in den Hungerlöhnen der Textil- und Schuharbeiter, in den Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Organisation der Arbeiter.

Sacco und Banzetti waren keine Führer; sie waren einfache Arbeiter von der Art der „Jimmy Higgins“, wenn sie auch bei Streiks bereit waren, gefährliche Posten einzunehmen.

Sacco und Banzetti und die meisten ihrer Freunde in diesen Gruppen waren „amerikanisiert“. Selbstverständlich nicht in dem Sinne, wie es der Auffassung etwa des „Christlichen Vereins junger Männer“ entsprach, dessen Amerikanisierungsmethoden darauf hinausliefen, aus den eingewanderten Arbeitern stumpfe und zufriedene Lasttiere zu machen, die gegen alle „Agitation“ immun sind. Sie waren in dem Sinne amerikanisiert, daß sie sich nicht von dem Leben der Arbeiterklasse in Amerika isolierten, als ob es sie nichts anginge. Sie fühlten ihre Zusammengehörigkeit mit der großen Arbeiterbevölkerung Amerikas. Sie boten ihr kameradschaftlich die Bruderhand, ohne sich durch Zurückweisung abstoßen zu lassen. Amerika war das Land, in dem Millionen ihrer Klassenossen — auch die in Amerika geborenen — die Bergwerke und die Fabriken besaßen. Hier also wollten sie den ihnen aufgezwungenen Kampf auf führen.

„Ich erkannte, daß Klassenbewußtsein keine von Agitatoren erfundene Phrase, sondern eine wirkliche, lebendige Kraft ist, und daß diejenigen, die seine Bedeutung erkannten, aus Lasttieren zu menschlichen Wesen werden.“
Das sind Banzettis Worte. (Fortf. folgt.)

Ruf

Heraus aus den Hallen, Sälen und Stuben,
steinernen Häusern, modernen Stuben!
In tosendem Sturm, in steigendem März
erwacht die Kraft für das Sonnenwärts!

Wie Frühling und Jugend zerschlagen Grauen!
Keinem erlogenen Gotte wir trauen!
Wir sind! Sind Liebe, hellflammenes Schwert!
Stürzen zu Westher, Lichtwillen beehret!
Willi Kagemacher, Hamburg.

Der Proletarier am Ende

Neu in Zeitungsanschnitten.
Von Erich Gottgeizen.

Ihr wißt nicht, wer von euch geht,
Ihr wißt nicht, was ihr vernichtet habt!
Kurt Holtscher in „Bruder Sturm“.

„Er kämpft im Wasser mit dem Reiter.“ Seltsamer Satz. Man sollte doch nicht annehmen, daß der ins Wasser Gefallene mit dem Reiter kämpft. So etwas Naturwidriges, allen Regeln des Selbsterhaltungstriebes Widersprechendes wird allenfalls in französischen und englischen Lehrbüchern gemacht, in denen Sätze wie der zitierte nicht wegen ihrer Logik, sondern wegen ihrer Grammatik zerglebert und überseht werden sollen; so etwas steht aber nicht in der Zeitung.

Das steht doch in der Zeitung. Der Satz bekommt seinen Sinn, wenn man die Ueberschrift des Artikels liest, dem er entnommen ist: „Schwierige Rettung eines lebensmüden Arbeiters“.

Das Schicksal so eines Proletariats ist fürchtbar. Er wird oft wider den Willen der Eltern geboren. Muß aber auch dann wider seinen Willen leben, wenn er das Leben gar nicht ertragen will, ganz ökonomisch gesehen, gar nicht erkaufen kann. Aber das grausame herrschende Wirtschaftssystem, das viele seiner Opfer langsam, doch sicher zu Tode quält, will sich das Privileg des Trodenmordes nicht aus der Hand reißen lassen, trägt in ihr gleichsam das von der Kirche bewachte Schild „Selbstmord verboten“.

Bergebung und ewige Ruhe soll nur finden, wer im Hirn einen Fehler hat. Pressemeldung aus Neustadt.

In der letzten Kirchgemeinderatsversammlung fand eine längere Aussprache über die Beerdigung von Selbstmördern statt. Bis jetzt war es üblich gewesen, bei Selbstmördern zur Trauerfeier nicht die Parentationshalle zu benutzen. Man sagte einen Bescheid, der dahingehet: Wenn beim Parramie offenkundig oder durch ärztliches Zeugnis ausdrücklich festgestellt ist, daß der Selbstmörder seine Tat im Zustande geistiger Unzurechnungsfähigkeit begangen hat, sollen bei kirchlichen Beerdigungen Glockengeläut und in der Parentationshalle Begräbnisrede und Gesang zulässig sein.

Da werden sich die Selbstmörder aber freuen!

In unserm Fall ist der aus dem Leben Gleitende ja nun „gerettet“ worden. Der Hungernde hat keine Rechte, nicht einmal das Recht über sich selbst. Und hat auch kein Geld, sich einen Revolver zu kaufen, der es immerhin möglich und meist schmerzlos macht, sich dieses Recht zu verschaffen. § 1 des ungeschriebenen Gesetzes, dem der Prolet untersteht, heißt: „Es wird weitergehungen.“

Schade, daß das Billekessen schwer fällt. Man kann darin so schöne Reforke aufstellen, und eine Lösung wäre es, wenn es aus den überstopften Hirnkanälen einen Abfluß in die Darmzähne gäbe. Meldung aus Denver (USA).

Hunderte von unsern Mitbürgern lasen am Sonntag das gesamte Alte Testament in achtzehn Stunden. Man begann um ein Uhr morgens und hörte um sechs Uhr abends auf. Frau George Washington Smith gebührt die hohe Ehre, dem religiösen Dienst am längsten, nämlich 16 Stunden und 50 Minuten abgelegen zu haben. Frau Tomas Jefferson Miller brachte es trotz frommer Bemühungen nur auf 16 Stunden und 40 Minuten.

Die Spuren der Aufregung und Anstrengung, die die frommen Bemühungen notwendig hinterlassen müssen, sind Gott sei Dank zu beseitigen. Meldung aus Neugort.

Im Jahre 1926 sind in den Vereinigten Staaten für 35 Millionen Dollar Cremes und Gesichtsfarben, für 22 Millionen Toilettenpulver, für 21 Millionen Parfüm und für 2 Millionen Hautfärbemittel hergestellt worden.

Behauerlich, daß unser Mann von Creme, Puder und Parfüm nicht satt werden kann. Was tut er? Das Richtige steht wieder in der Zeitung, inserieren Sie bei uns! Meldung aus Wien:

Eine Abordnung des „Bereins gescheiterter Existenzen“ sprach beim Bundesminister für Justiz Dr. Dinghofer vor.

Jetzt schleppi ich also der Mann, wenn er kann, zum Vorstand dieses Vereins, erbeten Hilfe bei ihm. Zu fürchten ist nur, daß der Verein der gescheiterten Existenzen wegen seiner Staats- und Allgemeingefährlichkeit schneller wieder aufgelassen ist als überhaupt aufzufinden. Besteht nicht die Wahrscheinlichkeit, daß unter den Mitgliedern dieses Vereins eines Tages der Funke der Revolution zündet, daß der Hof entflammt wird gegen jene dunklen Lehrstühle, bürokratischen, militärischen und kapitalistischen Mächte, denen sie das Scheitern zu danken haben? Ist nicht mit Sicherheit anzunehmen, daß es zur räuchernden Tat kommt? Erreichten Gescheiterte nicht leicht einen Scheiterhaufen?

Wir wollen weiter Zeitung lesen. Was bringt die Zeitung? Für unsern lebensmüden Arbeiterlosen noch eine Meldung aus Wien:

Die Etlische Gemeinde wird im Gebäude der Rettungsgesellschaft eine Selbstmörderberatungsstelle errichten.

Zu Berlin gibt es so etwas schon lange, trotzdem aber noch Selbstmörder genug. Sollte eine „Beratungsstelle“ doch nicht genügen, um wieder gutzumachen, was ein widerstäniges System, von der Justiz beschützt, verdrückt? Was wird in unserm Fall die Beratungsstelle tun? Guten Zuspruch wird es geben, warmen Kaffee, vielleicht auch etwas Geld. Oder gar eine Fahrkarte nach Quadrelle? Anregung hierzu könnte folgende Meldung aus Rom geben:

Der Bürgermeister von Quadrelle (Provinz Venedig) hat ein eigenartiges Wettrennen ausgeschrieben. 5000 Lire sind für denjenigen Bürger der Gemeinde ausgesetzt, dem es gelingen werde, seine Familie innerhalb von fünf Jahren mit der größten Zahl von Kindern zu vermehren. Eine öffentlich angeschlagene Rundgebung des Bürgermeisters fordert die Bewohner von Quadrelle zu diesem „Zugungserennen“ auf.

Aber ist unser Mann, der eigentlich nicht zu reisen brauchte, denn die deutschen Kanonen- und Maschinenfutterinteressen werden die Sache bald nachahmen, in Quadrelle glücklich am Ziel, so ist er noch lange nicht am Ziel: Er hat ja keine Wohnung und zum Hotel wiederum kein Geld, und anderswo geschlechtsaktiva zu sein, bekräftigt die italienische Sittenpolizei sehr streng. Den richtigen Tip gibt folgende Meldung aus Washington:

Queens College. Die Pi Delta Literarische Gesellschaft begann ihre regelmäßigen Zusammenkünfte am Sonntag um 7 Uhr. Fräulein Sunshine Cathart präsierte, übergab aber dann den Vorsitz an die Vizepräsidentin Fräulein Friendship Brown. Das Programm des Abends wurde aus dem Stegreif

zusammengestellt. Zuerst entstand eine Debatte über die Liebe. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß es leichter sei, in einem Ford Liebe zu machen als in einem Einpänner.

Was? Nicht einmal einen Ford hat unser Mann? Ja, dann soll er zum Teufel fahren, im Tiger vorlaufen!
Er will ja. Aber er darf nicht. „Er kämpft im Wasser mit dem Reiter.“ Die Passion beginnt von vorn. Der Proletarier am Ende kommt nicht zum Ende —
Es sei denn, daß er den neuen Anfang schafft.

Singende Galgenvögel

Berlin, 5. März.

Viscator hat eine Filiale eröffnet: seit dem 1. März spielt er auch im Lessingtheater. Er ließ den Viscator-Abieger mit dem feinsten für das Studio bestimmten Drama Upton Sinclair „Singende Galgenvögel“, inszeniert von seinem Schüler Ernst Lünner, einweihen.

Der Stuhl ist die Kunst- und schmacklos, aber mit unerhittlichen, unbestechlichen Klassenkämpfermut erzählte Lebensgeschichte eines sozialkritischen Streikführers, des „roten Adams“, den die amerikanische kapitalistische Staatsmaschine langsam, sicher und grausam — Sacco-Bangetti-Reminiszenzen — umbringt. Man versucht vergeblich ihn zu beseitigen, bringt ihn dann in eine Massenzelle, in der die proletarischen Streiker und Saboteure wie Heringe aufeinandergepfercht stecken und durch Schließung der Ventilationsklappen gemartert werden, schafft den aufrecht Bleibenden schließlich in die Einzelzelle, wo er Visionen und Träume durchlebt, halb irrtümlich wird und schließlich im Hungerstreik krepiert und von den Ratten aufgefressen wird. Dazwischen geitret Auseinandersetzungen mit den kapitalistischen Feindern, mit dem Staatsanwalt und Kontraktierungen mit dem bedenkenlosen Wohlleben dieser Feindiger. Proletarischer Bekennernmut, Anflägelmut, harter, aggressiver, rachebegehriger befreiungskämpferischer Aufstrei in eine Serie realistischer und traumatischer Szenen gepossen: ohne Umwege, Mähen; ohne Kunstwillen und ästhetische Berechnung; nur um ethischer, kämpferischer, propagandistischer Gründe willen.

Die Szenen sind, soweit sie Tatsachen, Realismus wiedergeben, stark, brütend, aufwühlend, auch ohne jenen Funken, den man Kunst zu nennen pflegt; sie sind es wie etwa eine realistische Talsachenreportage es sein kann; bei den visionären Szenen und Bemengungen spürt man den Mangel dieses Funken. Der junge Upton Sinclair vermochte ihn, wie Viscator das wahrscheinlich getonnt hätte, nicht durch seine Regiehand zu entzünden. Vöner ist zwar ein gelehriger, aber nirgendwo noch eigenspezifischer Schüler seines Meisters. Er merkte zwar — zum Teil geschickt, zu weilen unbedarft — mit allen Mitteln Viscators: mit Jellengerät, Bühnenscheinern, Projektion, Film, Musik und Chorgesang. Aber er vermochte die technischen Mittel nicht der Sache, dem Inne unterzuordnen, organisch einzugliedern; einzelne Szenen entzündeten und herantraten, andere zerfielen und langweilten; gelochene, einheitliche Zusammenwirkung kam nie zustande; vor allem war das bei Viscator selbst immer stärkste, wirksamste und aufträtelndste Regie-Ingenieur: der Filmtitel gänzlich fehl und unbedeutend eingesetzt. Auch das Gesamttempo der Aufführung schleppte; man wurde nicht, wie von Viscators Inszenierungen bejnungungslos mitgerissen.

Daß die Aufführung dennoch starken Anteil und Beifall fand, lag an Granachs überzeugender, packender Darstellung des roten Adams, an der resoluten, energiegeladenen Stoßkraft des Stüdes und an der schmerzlichen Heftigkeit des Vorwurfs. Immerhin ließ auch diese unzulängliche Inszenierung ahnen, daß Viscators Stil mehr ist als nur eine persönliche Angelegenheit. Heinz Eisgruber.

Der Tod von Staatswegen

Die Tragödie Rotschrei hinter Gittern hat entgegen der landläufigen Fiktion die Mut zur Wahrheit und befaßt sich mit dem juchzenden Lohse eines Berufsrichters, zeigt auch unerschrocken, welche Willen von einem solchen Schicksale austraufen. Die Filmoberprüfungsstelle teilte nicht etwa unsere Genugtuung, daß an Stelle der unglücklichen Blödelchen und Verlogenheiten endlich wenigstens einmal die Wahrheit spricht. Der Film wurde zweimal verboten. Jetzt ist er endlich zugelassen worden, nachdem aus der Einleitung ein Streifen von ca. 10 Metern beseitigt worden ist. Diese Einleitung zeigt eine Hinrichtungsstätte, also etwas, was zu tun der Staat sich nicht schämt. Diese für den Staat allerdings beschämende Wahrheit wurde mit folgender Begründung verboten: „Die Hinrichtung wird mit großer Deutlichkeit und in breiter Ausfühlichkeit dargestellt.“ Es wird gezeigt, wie der Berufsrichter von den Wärdern ergriffen, auf das Schaffot geschleppt wird, sein Kopf unter dem Falbeil liegt und dieses schließlich niederfällt. Diese Darstellung muß verstoßend auf den Zuschauer wirken.“ Das Verbot entlingt natürlich dem Zorn über die ungeschickte Darstellung einer staatslich geförderten Art des Wortes. (Kfmo.)

Im Weltkriegsfilm (2. Teil) wird die andere Art des vom Staate gutgeheißenen Mordens dargestellt: der Krieg. Hier haben die Helfer des Staates, die Offiziere des Reichsarzives, mitgeholfen. Und da nicht die Wahrheit dabei herauskommt, sondern eine Berniedlichung, hat die Zensur nichts einzuwenden. Die Lüge dieses Filmes liegt in dem, was er vermeint. Wenn er statt unwesentlicher Liebesleien, statt Wehrmachtstriebe und offeneren Lügen („Als einziges Mittel gegen die Blockade blies uns der Ubootkrieg“) die seelische und geistige Not der zu „Helden“ begnadeten Menschen, die Bergweisung der Angehörigen ermordeter Soldaten, die wirkliche Not der Dahingegangenen gezeigt hätte, dann wäre das Wahrheit gewesen. Und die hätte die Zensur nicht paßiert. Aber diese Lüge, die nichts von den ungeheuren Verlusten, nichts von den grauenvollen Bestimmungen kennt, ist sogar von der „Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin“ als Lehrfilm anerkannt worden. Die milliche Zensur läßt den amtlichen Mord also nur darstellen, wenn er auch schon zensuriert wurde. Denn dann ist er leichhaft. (Morla.) H.

Kleine Chronik.

In der 6. Gewandhaus-Kammermusik wurde — neben einem Tschalkowsky, den man hätte ruhen lassen sollen, und der harmlosen von Regers beiden Trübseneraden, in der ein paar mal das zweite Thema zu pathetisch angebliesen wurde und Karl Bartuzal höchst beliebt die Flöte blies — wurde also vordem zum erstmaligen das zweite Quartett von Günter Raphael als lokales erfolgreiches Hauptstück sehr vorteilhaft interpretiert. Es ist viel sympathischer und ernsthafter distanzierter als die unlängst herausgebrachte Klarinettenpartita. Unbezweifelbar die große Begabung Raphaels, erwiesene seine ansehnliche Geschicklichkeit. Das gelungenste des Wertes die lustige saubere Fuge. In der Tarantella dagegen mehr Temperament des Geräusches als Schwung der Linie. Die thematischen Beziehungen und Verbundenheiten vermögen den Abfall des Quartetts gegen Ende hin nicht zu verhindern. Im ganzen scheint mir bei Raphael besonders ausgeprägt eine Schumannsche Anlage. Da mit Verzicht er nun wehslend zu arbeiten wie letzter Beethoven, wie früher Eckberg, doch ohne dessen echte Erfindlichkeit, wie Reyer im Scherz. Bis will kein Reminiszenzenhafer sein. Aber bei Raphael wird sich bis nun immer an die Vorbilder erinnert, er

überzeugt noch nicht von sich selber, man weiß nicht, wie's um Raphaels eignen Ton und Weise bestellt sein möge. Vielleicht kann man das aber bei Raphaels Jugend noch nicht verlangen und muß abwarten, wie weit Alter und Erfahrung sein arbeitsames Talent rontigen werden.

Lehars Paganini — zur Zeit auch in Paris gespielt — wird jetzt im Neuen Operettentheater mit zwei Gästen gegeben, die gelanglich viel Freude machen. Hans Selny-Bollmann verwendet seinen ergiebigen und einschmelzenden Tenor immer in geschmackvoller Weise und spielt den Paganini mit sympathischer Schlichtheit. Elsa Kochhanns Fürstin ist im Musikstil und Gesangsart ebenso erquickend und sauber. Anscheinend durch die Gegenwart so guter Gäste war auch der himmlische Ehrgeiz von Charlotte Schädlich erwaucht, und sie verwirklichte mit reichem Erfolg mehr Sorgfalt auf das Singen, als man von ihr gewöhnt ist. Ansonsten: Die Regie zeigte sich in dem letztlich schlechten zweiten Akt hilflos. Wie bei einem Appell traten die Pärchen auf, sagten ihr Sprüchlein an, traten wieder ab. In den Dekorationen mühten sich nunter die Stille, in den Dialogen die Phobie. Das reinste Schicksal unter den Italienern sprach der buchtige Beppo. Das Publikum war begeistert und erlaubte sich manche Wiederholung seiner Gelächter, vom Kapellmeister Haupt ordnungsgemäß dirigierten Schläger. H. W.

Der Leipziger Lehrer-Gesangsverein bringt in seinen Konzerten am 11. und 12. März im Gewandhaus neben alten Volksliedern und bedeutsamen Chören von M. Neumann, Döhring, Joseph Haas auch zwei Erstaufführungen des kürzlich verstorbenen Komponisten W. Moldenhauer und die Erstaufführung des Chores „Revelge“ des bekannten Leipziger Liedbüchlers Georg Kießig. Als Solistin wirkt mit Irene Eden (Sopran), 1. Koloratur-Sängerin der Berliner Staatsoper. Die Leitung der Konzerte hat Dr. Wilhelm Jung, 2. Niedermeister des Lehrer-Gesangsvereins.

Altes Theater. In Bert Brechts Historie „Leben Eduard II. von England“ (Erstaufführung Sonntag, den 10. März) spielt Robert Thoren die Titelrolle. Den Norntimer spielt Ferdinand Hart, Berlin, die Königin Anna Lina Carstens. Ferner: Grete Scheer, Meyn, Stachina, Zeise-Gött und andere mehr.

Neues Theater. In „Carmen“ (Donnerstag, den 8. März) singt Kammeränger Hubert Leuer zum erstenmal hier den Don José.

Schauspielhaus. Das Interesse, das sich auch von seiten der Mehrstenden für „Hinden Sie, daß Konstante sich richtig verhält?“ zeigt, hat die Direktion veranlaßt, das Lustspiel vom Mittwoch ab täglich auf den Spielplan zu setzen. — Heute Dienstag: „Der kleine Kuppel“.

Mehonkeleien

Wenn man den Titel des recht mittelmäßigen Schwankes von Armont und Geridon aus dem französischen wörtlich übersetzt, dann bedeutet er ganz schlicht: Ein Hund, der apportiert. Man hat dieses Produkt, das von seinen französischen Erzeugern offenbar von vornherein für deutsche Mehonkeleien bestimmt wurde, Der kleine Kuppel genannt. Aber „Der kleine Juchter“ würde vielleicht noch besser sein. Die Funktion dieses Schöpfungsdahmens besteht nämlich darin, sich von wohlhabenden Herren, in deren Auto es springt, der Besitzer zurückbringen zu lassen, mit dem wohlwollenen Ziel, daraus sowohl Körperliche wie metallische Konsequenzen zu entwickeln. Man könnte also wohl sagen daß es die Aufgabe dieses Hündchens im Schauspielhaus sei, in jedem schöneren Sinn, Mehonkeleien zu apportieren.

Da wir keine sind, können wir es und uns kurz fassen, zumal die Eise Ederberg ausbleibt und die Vera Swidelsky ein stellenweise ganz lustiger, aber doch nicht sehr eigenwüchziger Erfolg war; zumal man auf den Ton der Pariser Boulevards im Zuge des Feiers und Süßtraßen-Bezirks noch nicht recht abgestimmt ist; zumal auch die wirklich recht nette Rolle der neugierigen Portiersfrau in einem zweifelhaften Hause von Frau Sedow mit Hingabe, aber nicht von einer zureichenden humoristischen Kraft getragen wurde.

Dunkel und zugleich erheitend bleibt es nur, wie jedesmal, auf den bloßen Begriff „französischer Schwank“ hin, eine lindlich ausweichende Panik in den Vertretern der neuesten Lustriechen zum Durchbruch kommt, die dann offenbar in allen Ecken Jolen mittelt die es gar nicht gibt. Wird es nicht möglich sein, durch eine normale Sechsjährige hier ein für allemal Aufführung über die Grundtatsachen des Gesellschaftslebens zu schaffen. Wenn ich nicht unerhört blöde und begrifflos bin, dann war die äußerste Schamlosigkeit in diesem Stück (das ja eingeständenermaßen nicht von Institutsdamen, sondern von den Damen der Straße — mögen es auch sogenannte Exotanten sein — handelt) die Frage des gesellschaftlichen am Frühstücks in den Jüngling, der auch ihr gefallen hat, ob er recht müde sei. Ich kann mir die Gellensverfassung besessenen Epheebürgers, der über so etwas, sei es nun in Begleitung oder in Entrückung zu geraten vermag, einfach nicht vorstellen. So möge denn das Hündchen mit seinem Mehonkel in Frieden gehen.

Zumal der Mehonkel selber uns auch das Berliner Kabarett der Komiker apportiert hat, welches dergest in Berlin das Beste und für Leipzig etwas Aufzorbentlicheres ist. Vor den andern die mit Recht großgedruckte Ute Bois, die in ihrem Stetisch „Varietés, Varietés“ (von Robitshel) die internationalen Typen des Ungelanges klassisch kopiert und klassisch parodiert. Ihr lüches englisches Fallo als Jongleur ist ebenso unergreiflich wie der düstere französische Quasi-Gesang des „Lofers“ aus dem buntesten Paris. Mag sie russisches Volkslied, mag sie Südsee-Exotik darstellen, es steht eine prächtige Fische in ihrer parabolischen Laune, eine offensbare geistige Ueberlegenheit auch über das, was sie macht, darat, daß sie es sich selbst zum Spoke und eben deshalb erst zu unserm so großen Vergnügen treibt. Somit gibt es sehr nette Karikaturen des Schmalmalers Gönndör, wichtige Grotesken der Geschwister Senecus, guten Gesang von Artur Fleischer und sehr lustige Schlägermusik von Willi Rosen. Dieser, kein schöner, aber ein merkwürdiger Mann, „Text und Musik von mir“, hämmert und stampft Unerhört in einen Flügel hinein und also aus ihm heraus. Endlich ist Kurt Robitshel der beste deutsche Conférencier, den ich kenne, obwohl er grundsätzlich nur sehr alte Witze erzählt oder wahrscheinlich deswegen. Er ist ein heitlerer Biogmatiker, Julius Caesar würde ihn gerne um sich sein lassen und man ist überzeugt, daß er nichts gut schläft. So hat er auch auf dem Podium eine ungemein gewinnende Art, sich keine Mühe zu geben. Er gehört auf dem Gebiete der unterhaltenen Plauderei zu den angenehmen Gastgeber, die wirklich nicht nütigen und bei denen, da sie es nicht fortwährend sagen, es also möglich ist, sich in der Tat zu Hause zu fühlen. Ein pathologisches Faktum, das man dank Robitshel beobachtet, ist sehr lässig: Solange dieser Mann von der Bühne herunter mit einem rehel, hat man immerwährend das Gefühl: Jetzt wird er bald einen sehr guten Witz machen. Er macht ihn nie, aber man ist von seinem ersten bis zum letzten Worte weit besserer Laune, als wenn er sich in Wissen überdöte. Die Spannung bleibt einem bis zum Ende erhalten. Und man geht befriedigt nach Hause, weil er den Witz nicht gemacht hat. Die Spannung hält so anlagen noch auf dem Heimwege an: Man ahnt so etwas wie den aufholenden Witz, der irgendwo in Robitshels ziemlich umfangreichen Körper stecken geblieben ist.



Öffentliche Sonntagnachmittag-Kleinkunstbühne

Ich ging im Connewitzer Walde so für mich hin und geriet plötzlich in eine Menschenansammlung. Eine Theatergruppe hatte sich kreisförmig aufgestellt; drum herum das v. l. Publikum, gleich mir aus zufälligen Spaziergängern bestehend.

„Das Mitsingen war noch recht schwach,“ meinte der Anführer. Sie müssen bloß den Mund haben, den Mund aufzumachen, dann wird es gehen!“

Das machte er so lustig und lebenswürdig, daß ich wirklich, wie in einem guten Kabarett, fast wider Willen zum Mitsingen animiert wurde; und die anderen Zuhörer auch.

Und dann fragte ich ein programmverkaufendes weibliches Mitglied der Truppe, wo denn diese engagiert und wieso sie auf die fabelhafte Idee gekommen sei, ausgerechnet die Heilsarmee zu karifizieren?

Und dann fragte ich ein programmverkaufendes weibliches Mitglied der Truppe, wo denn diese engagiert und wieso sie auf die fabelhafte Idee gekommen sei, ausgerechnet die Heilsarmee zu karifizieren?

Vor einem grauen Haupte...

Wenn uns früh der Vorort zum Hauptbahnhof gebracht hat, dann haben wir immer noch Zeit, ein paarmal die Gepäcksabfertigungsvorhalle auf und abzugehen und hier und da Studien zu machen.

Stand da in eine halbfinstere Ecke gedrückt ein grauer Alter, müde auf seinen Krückstock gestützt und schlief im Stehen. Es ist einer von jenen vielen der Großstadt, die das harte Leben bezwangen, und die nun in unlagbarer Genügsamkeit ein erbärmliches, gehehres Dasein führen müssen, weil die Gesellschaft es so will.

Wir kennen ihn schon lange, den armen Alten und haben ihn schon oft beobachtet in dieser Ecke. Er steht da mit geschlossenen Augen, um ein wenig Wärme zu erhalten, die die Heizkörper eines öffentlichen Gebäudes ausstrahlen, das für alle da ist.

Doch das Unglück schreitet schnell. Zwei Polizisten näherten sich, gar schrecklich anzusehen, mit Gummiknäppeln und auch sonst bis an die Zähne bewaffnet, und erpähen den Alten. Einer der beiden packte den nichtsahnenden schlafenden Alten und stieß ihn der Tür zu. Uns stockte der Atem.

Wir waren alle empört über die Rohheit des Beamten. Ich erlaube mir nun ganz bescheiden die Frage aufzuwerfen: Was soll ein Mensch machen, der nicht im Freien nächtigen darf, aber auch im Asyl kein Unterkommen fand, der infolge mangelhafter Bekleidung noch mehr friert als wir, sich aber nicht wärmen kann, weil er aus öffentlichen Gebäuden hinausgeworfen wird, der seinen Lebensunterhalt mehr findet, aber auch nicht betteln darf? Er möchte zu Luft werden, bloß um das gelobte Auge des Geschehes nicht zu reizen.

Eine Refordzahl der Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-gesellschaftliche Versicherungsanstalt, macht gute Fortschritte. Rund 35 000 Versicherungsanträge wurden in der letzten Zeit monatlich bei der Volksfürsorge gestellt. Im Februar d. J. ist eine Refordzahl erreicht worden; denn mehr als 43 000 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung sind in diesem Monat beim Hauptbureau der Volksfürsorge in Hamburg eingegangen. Ein schönes Resultat!

Mißstände im Pathologischen Institut

Ein Hohn auf Hygiene — Der Institutsleiter muß sofort verschwinden — Was sagt der Rat?

Vom Reichsverband angestellter Ärzte, v. B., ist uns eine Denkschrift zugestellt worden, die haarsträubende Dinge über die Mißstände im Pathologischen Institut des Krankenhauses St. Georg und Material über das skandalöse Treiben des Institutsleiters, Medizinalrat Dr. Reinhardt, enthält. Infolge der Zustände im Pathologischen Institut hat der Reichsverband angestellter Ärzte die übrigen Assistenten vor Annahme von Stellen in dem von Dr. Reinhardt geleiteten Institut gewarnt.

Ende August 1927 war die Renovierung des zweiten Stocks im Gebäude des Instituts beendet, wo sich unter anderem die Umkleekabinen der Ärzte, Laborantinnen und Stenotypistinnen befanden. Die Räume wurden von Dr. Reinhardt persönlich abgeschlossen und ihre Benutzung trotz Fertigstellung untersagt. Fortan diente als gemeinsames Umkleideraum, (auch Fremden und Institutsherrschern) die Werkstatt im Kellergefäß, durch die alle Leichen bei Herausgabe durchgehoben und sogar Leichen aufbewahrt wurden.

„Gerner ist zu bemerken, daß der große Sektionsaal seit Sommer 1926, also seit etwa 1 1/2 Jahren, nicht mehr von den Assistenten benutzt werden durfte, abgesehen von ganz vereinzelten Ausnahmen. Ein triftiger äußerer Grund lag nicht vor.“

Im histologischen Arbeitsraum, der drei Assistenten als Konservierungsraum diente und 4 x 5 Meter groß ist, wurden auch vier Laborantinnen beschäftigt, so daß teilweise sieben Personen in dem kleinen Räume tätig waren. Die Heizung funktionierte nicht. Tagesbeleuchtung und künstliche Beleuchtung waren mangelhaft.

„So war es nicht verwunderlich, daß bald der größte Teil der Angestellten an Erkältungen und Kopfschmerzen erkrankte. Infolgedessen hat der Assistent Dr. M. im Auftrage seiner Kollegen und eines Teiles der Angestellten am 10. November 1927 Herrn Dr. R., er möchte doch die seit vielen Wochen fertiggestellten oberen Räume beziehen lassen.“

aus diesem Grunde gekündigt, weil sie sich der Bitte des Assistenten, betreffend Räumung des Kellergefäßes, angeschlossen hatte. Die Assistenten wurden von Dr. R. ignoriert, taktlos gestellt und mit Sektionen nicht mehr beauftragt, nachdem einige klägliche Versuche des Dr. R., die Geschlossenheit und Einigkeit der Assistenten zu sprengen, gescheitert waren.“

Die Angestellten wandten sich nun klageführend an den Rat. Ueber den Erfolg dieser Beschwerde berichtet die Denkschrift:

„Nach genau einem Monat seit erfolgter Beschwerde erschienen Herr Stadtrat Dix und Herr Stadtbezirksarzt Dr. Paetzer zur Besichtigung des Instituts. Die fraglichen Räume des Instituts hatten inzwischen ein wesentlich anderes Gesicht bekommen. Der Arbeitsraum der Assistenten war geräumt, der Arbeitsraum der vier Laborantinnen wurde, anstatt wie zur Zeit der Beschwerde von vier, nur noch von zwei Laborantinnen benutzt.“

Herr Dr. R. führte die Untersuchungskommission durch die Räume und gab Erklärungen nach seiner Art. Der Herr Stadtbezirksarzt stellte fest, daß die fraglichen Räume „hinreichend belüftet und kühlbar, auch heizbar und völlig wandtrocken seien.“

Die Denkschrift bemerkt mit Recht zu der Art der Besichtigung: „Uns bleibt an dem Gutachten des Stadtbezirksarztes unerfindlich, wie ein Gutachten ohne Befragen der betroffenen Angestellten zustande kommen und wie ein nicht heizbarer Leichenkeller für heizbar erklärt werden kann!“

In der Denkschrift ist eine Reihe Zuschriften an den Reichsverband angestellter Ärzte von früheren Assistenten und Angestellten des Pathologischen Instituts über das verückte Treiben des Herrn Dr. Reinhardt enthalten: Wir werden die Zuschriften in einem besonderen Artikel veröffentlichen und heute nur das Folgende entnehmen. Frau Schu. schreibt:

„Herr Dr. R. redet immer viel von „Hygiene“ bei der Sektion. Wie oft kam es vor, daß Herr Dr. R. feuchte Organe vom Sektionsisch in die saubere Organisationskammer, oft auch daneben; wie oft kam es auch vor, daß Herr Dr. R. in der Aufregung mit dem Fuß nach dem Fahrgestell der Organisationskammer trat, so daß dieselben unkippten und der Inhalt auf den Fliesen lag, nebenbei wurden auch die Nadelstiche beschädigt.“

Die kaum glaublichen Mißstände im Pathologischen Institut sinken zum Himmel. Wie war es möglich, daß jahrelang einer der Verrücktesten nahesteher, sich zweifellosermaßen gemachter Medizinalrat, der sich geradezu sadistische Schlägen gegenüber den Angestellten erlaubte, Leiter des Instituts bleiben konnte? Warum haben die Angestellten angesichts des Verlangens der vorgesetzten Behörde nicht schon früher die Flucht in die Öffentlichkeit angetreten? Und warum hat der Rat bzw. der zuständige Ratsbelegener Augen und Ohren gegenüber diesen unglaublichen Mißständen im Pathologischen Institut verschlossen? Herr Stadtrat Dix dürfte vieles davon nicht unbekannt geblieben sein. Warum hat er sich bei der in der Denkschrift erwähnten Besichtigung des Instituts nur einseitig von dem schuldigen Dr. Reinhardt informieren lassen und nicht die Angestellten oder eine Angestelltenvertretung gehört? Die Öffentlichkeit hat ein Recht, vom Rat zu verlangen, daß er sich zu den schweren Vorwürfen, die in der Denkschrift des Reichsverbandes angestellter Ärzte zu finden sind, schleunigst äußert. Wir aber fordern, daß Herr Medizinalrat Dr. Reinhardt sofort von seinem leitenden Posten befreit wird.“

Amanullah in Leipzig

Amanullah ist nun also in Leipzig gewesen, und es läßt sich feststellen, daß die Leipziger Behörden sich nach Möglichkeit von den ekelhaften inhumanen Formen des Empfangs freigehalten haben, die bei dem Einzug des Königs in Berlin angewendet wurden.



Zeichnung von Mez Schimmer.

hiederer Handelsmann Einkäufe erledigt. Am Nachmittage gab der Rat der Stadt Leipzig dem König ein Frühstück. Amanullah besuchte dann noch einige Meßhäuser und ist abends nach Berlin gefahren.

Wie am Vormittage auf dem Bahnhof, so scharten sich nachmittags die Menschen um das Neue Rathaus, auf daß ein jeder ein Stückchen königlichen Angeichts zu erpähen bekomme. Leider hat Amanullah diesem Bedürfnis nicht vollständig Rechnung getragen, da er nur in menschlichem Zivil und nicht in der phantastischen Generalsuniform der afghanischen Armee erschien.

Über das mangelnde Verständnis, das die Leipziger Behörden für den hohen Gast hatten, wurde ausgeführt durch die Kriecherei der Leipziger Neuesten Nachrichten, vor dem König aus dem Morgenlande. Sie widmen so ungefähr die Hälfte Zeitung dem Meßbesuch des afghanischen Königs, stehen ihm noch gestern vormittags die Montagsausgabe der VPM überreichen, stehen ihn, wie sich das gehört, interviewen und sind nun ganz aus dem Häuschen darüber geraten, daß die Majestät befehl, den Leitartikel der VPM ins Persische zu übersetzen. Wir möchten im Interesse des größeren Teils der Leserschaft der VPM vorschlagen, daß die Leitartikel der VPM überhaupt nur noch in persischer Sprache und Schrift zum Abdruck gelangen. Der Leipziger Spiegel jedenfalls kann erleichtert darüber aufatmen, daß seine Zeitung die Kontinuität mit der Berliner Presse wieder einmal bestanden hat.

Augen auf, Taschen zu vor den Taschentiefern!

Die Pressestelle des Volkszeitungspräsidiums schreibt: Der Beginn der Frühjahrsmustermesse gibt dem Kriminalamt Veranlassung, nochmals vor der Juni- der Taschentiefern zu warnen. Mit dem Zug der Meßtendenzen ist auch ein verstärktes Auftreten dieser ungeliebten Gäste zu erwarten. Auch mit den internationalen „Göttern“ auf dem Gebiete des Taschentiefern müßte trotz längerer Abwesenheit gerechnet werden. Diese Spezialisten glauben zur Zeit der Meßten immer ein glänzendes „Arbeitsfeld“ vorzufinden. Zu dem auf dem Hauptbahnhof, in den Straßen, auf Straßenbahnen, in Gastwirtschaften und Cafés, in Meßhäusern, Theatern, öffent-

Wo ruft die Pflicht?

Erweiterter Bezirksvorstand.

Dienstag, den 6. März, 10 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 5/6; Sitzung. Wichtige Tagesordnung. Pünktlich erscheinen.

Erweiterter Bezirksvorstand vorher, 17 Uhr, Zimmer 5/6.

Bezirksvorstand der SPD Leipzig.

Funktionäre.

Wetten II. Heute abend nach dem Vortrag des Genossen Solowitsch, im Frankfurter Torhaus, Ausgabe der Funktionärkarten für 1928. Vergeht nicht, die roten Karten mitzubringen!

Frauen.

Paarsondi. Donnerstag, den 8. März, 20 Uhr, Vortrag der Genossin Scheibe „Reiseeindrücke aus Amerika“.

Stätlich. Dienstag, den 6. März, 20 Uhr, im Brauereigarten, Vortrag der Genossin Herberg über das Gesch zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Mäcker. Donnerstag, den 8. März, 20 Uhr, im Heim Volkstraße 25, Heiterer Abend. Ausgestaltet vom Genossen Wiesbach, Genossin Schilling, M.D.L., wird außerdem referieren.

Jungjugendlichen.

Merkau. Mittwoch, den 7. März, 20 Uhr, Vortrag des Genossen Berenz über „Kassentamp in der Demokratie“, in der Hermannsruhe.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Osten I. Mittwoch, Spieltag für alle Kinder. — Aussprache über unsere Oster- und Pfingstfahrt.

Großschloßer. Mittwoch, 18 Uhr, Musikgruppe, bei Genossen Winkler. Alle pünktlich. Sonnabend, den 10. März, fährt die Musikgruppe vollständig nach Lützen zum Werbeabend. Kosten 30 Pfg. Sonntag morgen Rückmarsch.

Mitglieder-Vereinsveranstaltungen

Leipzig-Osten. Heute Dienstag, 20 Uhr, in Kahlers Festhale, spricht Genosse Erich Feigener.

Gaschwitz. Donnerstag, den 8. März, 20 Uhr, im Feldschlösschen Großjüdteln, Vortrag des Genossen Pflug über die „Weltliche Schule“.

Ußen Gebäuden, in Postämtern, Banken usw. herrschenden Gedränge, oft künstlich von den Dieben erzeugt, finden sie günstige Gelegenheit, ihre aus Akrobatische greifenden Griffe anzuwenden und Brieftaschen, Uhren und sonstige Wertgegenstände zu „ziehen“. Wenn auch eine Verhinderung in dem sorglosen Verhalten des Publikums, das den Taschendieben ihre Arbeit erleichtert, festzustellen ist, so muß trotzdem immer wieder gewarnt werden: Taschen zu, Achtung, Taschendiebel! Nicht den Heberzieher und das Jodelt offen tragen. Bei geringsten Wahrnehmungen scharf zugreifen und nicht verblüffen lassen durch gewandtes Ausweichen und viele Rederei des Verdächtigen. Mit der Anwesenheit der Kriminalbeamten an den Brennpunkten des Verbrechens kann unbedingt gerechnet werden. Das Kriminalamt hat alle Maßnahmen zur Bekämpfung getroffen, bedarf aber selbstverständlich der Mithilfe des Publikums. Auf feiner Tat gefaßt, ist der Dieb leicht zu überführen. Wird er auch nur eine Minute später erfaßt, hat er das geschleuderte Gut meist schon an einen Komplizen weitergegeben, der schleunigst verschwindet, wenn Gefahr im Verzuge ist. Bei besonderer Aufmerksamkeit und Hilfe durch das Publikum scheidet das Kriminalamt auch Belohnungen zu.

Zwei Weibskremde gasvergiftet aufgefunden

Im Grundstück Neustädter Straße 30 wurden am Montag gegen 8 Uhr zwei Weibskremde, der Schuhmachermeister Franz A. und der Buchbinder Rudolf W., beide aus Joachimsthal, in dem von ihnen gemieteten Zimmer von einem Geschäftsfreund gasvergiftet aufgefunden. Die sofort herbeigerufenen Feuerwehre stellte Wiederbelebungsversuche an, die nur bei dem zuletzt Genannten von Erfolg waren. Er wurde nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht. Die Leiche des Schuhmachermeisters wurde ins Institut für gerichtliche Medizin überführt. Am Tatort wurde der Gasbehälter der Lampe offensichtlich vorgefunden. Anscheinend ist die Ursache des Unglücksfalles darin zu suchen, daß beide die Handhabung des Verschlußes der Gaslampe nicht richtig verstanden. Aufklärung hierüber wird erst erfolgen können, wenn der im Krankenhaus befindliche vernehmungsfähig ist. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

Zugustelegramme. Die Pressenachrichtenstelle der Oberpostdirektion schreibt: Seit kurzem bedient sich die Deutsche Reichspost in Leipzig zur Anfertigung der sogenannten Zugustelegramme einer neuartigen Schrift, die den zur Erinnerung an festliche Tage, wie Hochzeit, Konfirmation usw., gedachten Zugustelegrammen ein sehr vorteilhaftes Gepräge verleiht. Die neue Schreibweise, die nach ihrem Erfinder, Professor Kuhlmann in Leipzig, die „Kuhlmannsche Schreibweise“ genannt wird und die sich schon viele begeisterte Anhänger erworben hat, besteht neben Formenschnitzern den besonderen Vorteil, daß auch bei längerem Schreiben die Hand nicht ermüdet, weil die Federführung nicht gewungen, sondern natürlich ist. Die Schrift fügt sich mit ihren wichtigen Zügen ausgezeichnet in die künstlerische Umrahmung der Zugustelegramme ein und wird daher sicherlich dieser Art von Telegrammverkehr immer mehr Freunde zuführen. Vorläufig kann die neue Schreibweise nur bei den im Justizbezirk des Telegraphenamtes Leipzig abzutragenden Zugustelegrammen angewendet werden, ihre Anwendung innerhalb des ganzen Gebietes von Groß-Leipzig ist aber geplant. Die „Kuhlmannsche Schreibweise“ wird, wie wir erfahren, schon an vielen Leipziger Schulen im Unterricht angewandt.

Deffentliche Jugendveranstaltung. Am Mittwoch, 7. März, abends 8 Uhr, Einlaß 7,30 Uhr, findet im Saale des städtischen Jugendheims, Leipzig-Mitte, Köpferstr. 2, III, ein Lichtbildvortrag: „Naturkundliche Aus der Leipziger Tierwelt“, von Oberlehrer Richard Buch, Direktor des Heimatmuseums Leipzig, statt. Der Eintritt ist frei.

Bücherverkauf der Freibank. Mittwoch: Freibank I: 1501 bis 3950, Freibank II: 3251 bis 4250 und 1 bis 500. Ab 11 Uhr freier Verkauf.

Polizeinachrichten

Ein Kind aus dem Fenster gestürzt. Am 5. März in der 9. Stunde ist ein fähriger Knabe aus dem Fenster seiner elterlichen Wohnung im 2. Stock des Grundstücks Johannstraße in Neu-Dösen gestürzt. Der Knabe hatte, als seine Mutter sich im Waschküchlein befand, das Fenster aufgemacht, sich hinausgedrückt und hierbei das Gleichgewicht verloren. Er wurde nach dem Kinderkrankenhaus gebracht. Seine Verletzungen sind anscheinend nicht schwerer Natur.

Warnung für Eltern. Am 1. März ist in der Sophienstraße ein 11jähriges Mädchen von zwei jungen Burschen mit harter Gewalt erschlagen worden. Hierbei erlitt das Mädchen eine Hornhautentzündung des rechten Auges, so daß das Sehvermögen geschwunden ist. Die Täter wurden ermittelt. An Eltern und Erzieher ergeht die dringende Mahnung, Kinder auf die unabschätzbaren Folgen derartiger Unfugs hinzuweisen. Das Publikum wird aufgefordert, die Polizei bei der Bekämpfung solcher Unfugs mit aller Energie zu unterstützen.



Vom Unterbezirksparteitag Döbeln

Einen äußerst anregenden und sachlichen Verlauf nahm der am 4. März in Döbeln abgehaltene Parteitag des Unterbezirks Döbeln der SPD, der von 46 stimmberechtigten Genossinnen und Genossen sowie einer großen Anzahl von Gästen besucht war. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden, Genossen Kunze mann, Döbeln, referierte Reichstagsabgeordneter Krüger, Merseburg, über die politische Lage. An das mit Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine kurze Ansprache an.

Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Der Unterbezirksparteitag erklärt sich einmütig mit der Haltung der Reichstagsfraktion während der Vera des Bürgerblocks einverstanden. Er würdigt besonders die Tätigkeit der Abgeordneten des Bezirkes Leipzig und spricht der Genossin Schilling als der Vertreterin des Unterbezirks nebst den anderen Abgeordneten für ihre rastlose und rege Unterfertigung in der aufreibenden Kleinarbeit in der gesamten Wahlperiode des gegenwärtigen Reichstages wärmsten Dank und vollstes Vertrauen aus.“

Der Unterbezirksparteitag verpflichtet alle Genossen und Genossinnen, bei all ihren Funktionen im Dienste der Arbeiterbewegung im allgemeinen (sowie im besonderen im bevorstehenden Reichstagswahlkampf) alle ihre Kräfte einzusetzen, um der Sozialdemokratischen Partei einen vollen Sieg und damit der Republik endlich die gebührende Grundlage zu sichern.“

Der Jahresbericht lag gedruckt vor, so daß es sich erübrigt, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen, welche der Sekretär Genosse Dietrich in längerer Ausführungen erläuterte. Zu fragen sei auch nach Abschluß dieses Berichtsjahres, daß viele Funktionäre in den Ortsgruppen in bezug auf Mitarbeit, Einsetzung von Abrechnungen und Erledigung von Fragebogen usw. recht nachlässig waren, wodurch die Arbeit nach jeder Richtung hin für das Sekretariat sehr erschwert wurde. Ein alter Krebsgeschaden sei auch der jetzt noch bestehende Dualismus mit der Parteipresse, indem in einer Reihe von Orten, welche aus dem Jahresbericht zu ersehen sind, die Chemnitzer Volksstimme in fast gleicher Anzahl gelesen wird wie die Volkszeitung für das Muldental. Bei dieser Gelegenheit steht gleichzeitig ein Antrag der Leipziger Genossen mit zur Diskussion, nach dem für den Unterbezirk Döbeln die Leipziger Volkszeitung offiziell einzuführen ist. Genosse Verwitschki, Reinsig, begründet den Antrag, welcher auch vom Unterbezirksvorstand mit unterstützt wird.

Die Kandidatenaufstellung erfolgte einstimmig. Der Unterbezirk schlägt vor: 1. Genossin Minna Schilling, Döbeln; 2. Genossen Brüd. Hartha. Gleichzeitig findet auch ein Antrag an den Bezirksparteitag einstimmige Annahme, wonach aus agitatorischen Gründen den vom Bezirksort (Leipzig) am entferntest liegenden Unterbezirk die 4. Kandidatenstelle der Reichstagsliste sichergestellt wird.

Die Vorstandswahl ergibt die einstimmige Wiederwahl des Genossen Kunze mann, Döbeln, als Vorsitzenden, dem von den Ortsgruppen Döbeln, Sörmitz und Sauchitz die Beisitzer zur Seite gestellt werden.

Für den Bezirksvorstand schlägt der Unterbezirk die bisherigen Beisitzer: Genossen Lipinski, Krüger, Berta Thiel und Saube einstimmig wieder vor; ebenfalls als Mitglied in die Pressekommission Genossen F. Werthold, Döbeln.

Ein Heberfall

Das Polizeipräsidium Leipzig teilt folgendes mit: Am 4. März 1928 gegen 13,45 Uhr wurde in Zwenkau ein in Richtung Zeit fahrender Leipziger Personentransportwagen, als er im Begriffe war, einen Zug von etwa 100 Personen, die sich an einem kommunistischen Jugendtreffen in Zwenkau beteiligten, zu überholen, von diesen angehalten. Als die Insassen die Wagenflur öffneten, wurden sie von den Tätern, die zum Teil die Abzeichen des Roten Frontkämpfer-Bundes trugen, mit Gewalttätigkeiten bedroht. Der Besitzer der Limousine erhielt dabei einen Faustschlag an das Kinn. Alle Personen, die sachliche Angaben darüber machen können, wollen sich umgehend an das Polizeipräsidium Leipzig, Zimmer 99, oder an den nächsten Polizei- oder Gendarmeriebeamten wenden.

Gemeindevorstandssitzungen finden statt am Sonnabend, dem 10. März, 20 Uhr, im Schwarzen Hof in Lieberwitz und am Sonntag, dem 11. März, 9 Uhr, im Heiteren Bild. In der ersten spricht Gen. Diez über Reichs- und Landesverfassung; in der zweiten Gen. Barth über Schulgesetz. Die Genossen der betreffenden Arbeitsgemeinschaften werden gebeten, sich die Tage freizuhalten.

Annullation. Genosse August Klemm gestorben. Mit Genossen Klemm ist einer der alten bewährten Garde verstorben. August Klemm, der schlichte Proletarier, der seit über 40 Jahren in den Reihen der Sozialdemokratie kämpfte, vertrat die Partei in den Vor- und Kriegsjahren im Gemeindeparlament, wirkte in der freigewählten Bewegung und auch im Reichsbanner. Aber auch die Genossenschaft, bei der er in Beschäftigung stand, hatte in dem so plötzlichen Verstorbenen einen wirksamen Arbeiter der Kleinarbeit. Das, was August Klemm gerade auf dem Gebiete der Kleinarbeit und dazu unter schweren Bedingungen geleistet hat, sollte die jüngere Generation zum leuchtenden Vorbild nehmen, sie sollte versuchen, in der Parteiarbeit ihm gleichzukommen. Gerade das wäre, nach dem Wefen des Verstorbenen zu urteilen, der beste Dank für August Klemm.

u. Städtisch. Aus dem Gemeindeparlament. In der letzten Gemeindevorstandssitzung nahm das Kollegium davon Kenntnis, daß der Rittersgutsbesitzer fordert, einen Teil der Kosten zu übernehmen, der entstehen wird bei der Reinigung jenes Kanals, der durch den Schloßpark führt, da dieser das Wasser von den Gräben der Dorfstraße aufnimmt. Diese Angelegenheit wurde wegen weiterer Erörterung vertagt. Ferner wurde Kenntnis genommen von einem Schreiben des Bezirks-Schulamtes II, den Schulbau und die Verlegung der Lehrerwohnung betreffend. Das Bezirks-Schulamt empfiehlt, diese Sache zurückzustellen bis zur Klärung des Stretkes um das Schullehen. Das Bezirks-Schulamt empfiehlt dem Kollegium, Stellung zu nehmen zu einer eventuellen Zusammenlegung der Gemeindevorstände Störmitz und Guldengasse zu einem Schulbezirk. Hierzu wurde beschloffen, vom Kirchenvorstand feststellen zu lassen, ob das Schulgebäude Schul- oder Kirchenlehen ist. Nun entspann sich eine längere Debatte über die Neuverteilung des Gehalts des Bürgermeisters. Die sozialdemokratische Fraktion geißelte nochmals scharf die Gehaltsregelung von 1926; denn schon damals hatte sie wiederholt vom Bürgermeister gefordert, einmal das Ministerialblatt vom 1. April 1926 dem Kollegium vorzulegen, damit die dort festgelegten Gehaltsansprüche zur Kenntnis genommen werden könnten. Das ist bis heute noch nicht geschehen. Der Bürgermeister hatte es diesmal dem Kollegium recht leicht gemacht und die Verdruhe schon mit Bleistift ausgefüllt. Da war also G.G.D. da, während bei der Festlegung des Gehalts für den Gemeindevorstand die Gemeinde kein Geld hatte. Es wurde mit 7 gegen 4 Stimmen beschloffen, den Bürgermeister nach Gruppe 13, Ortsklasse D, mit 35 v. H. zu besolden.

Gerichtssaal

Zierde der Nation.

Die „Zierde der Nation“ sind natürlich die Studenten, über die wir in Domelas Buch staunen konnten. Der Vater als einflußreicher und finanzkräftiger Mann, dito Freunde und Kneipbrüder-schaften; das sind ja auch heute noch die Voraussetzungen zur mühsamen Ebnung der Lebensbahn eines Studiosus.

Der Sud. rer. pol. et phil. Friedrich Wilhelm Postberg gehört unzweifelhaft zu dieser Kategorie Menschen, zur Zierde der Nation. Sein Vater ist ein einflußreicher und finanzkräftiger Zeitungsverleger in Essen, wo unser Studiosus am 25. September 1902 das Licht der Welt erblickte. Postberg ist ein demostes Haupt. Er hätte längst die Examina hinter sich haben müssen, doch die Kneipe hatte es ihm angetan. Dieser Tage sah er auf der Anklagebank. Zunächst mußte man glauben, einen behäbigen Bierhändler Mitte der Dreißiger vor sich zu haben. So die, so alt sah der Beschuldigte aus, so hatte ihn das Bummeln und Kneipen gezeichnet. Erst die Vernehmung zur Person küstete den Schleier. Postberg sah wegen Sachbeschädigung vor Gericht. Die dreistündige Verhandlung erbrachte folgende Feststellungen:

Postberg hatte an einer Weihnachtsfeier in einem Lokal am Königsplatz teilgenommen. Natürlich bewegten sich dort „bessere“ Gesellschaftskreise. Postberg war aufgefallen, da er sich in einem Vortrag als Knecht Ruprecht allerhand erotische Zweideutigkeiten erlaubt hatte, obwohl ja „Damen der Gesellschaft“ anwesend waren; Postberg schien aber sein Publikum zu kennen! Verhältnismäßig nüchtern machte sich Postberg gegen zwei Uhr nachts allein auf den Heimweg, der ihn durch die Petersstraße führte. Das Studentenlein war recht übermütig gekammt. Es beschloß, den Geschäftsleuten in der Petersstraße einen trivialen Schabernack zu spielen. Postberg zog seinen Brillenring vom Finger und schritt nun im Vorbeigehen kräftig in die Schaufenster ein. Ein Kraftwagenführer beobachtete den Studenten bei dieser zerstörenden Tätigkeit. Er fuhr rasch nach dem Marktplatz und benachrichtigte einen Schuttmann. Beide überzählten Postberg auf freier Tat, denn die Kaser hörten gerade an der Stelle auf wo Postberg verhaftet wurde. Am Morgen wurde er vernommen und dem Chauffeur gegenübergestellt. Zunächst leugnete Postberg, dann gab er zu, die Scheiben aus Autowillen geritzt zu haben. Postberg erhielt daraufhin wegen Sachbeschädigung einen Strafbefehl über 150 Mark. Er war schlecht beraten, als er Einspruch erhob und gerichtliche Entscheidung beantragte. Das klare Geständnis widerrief er kurzerhand; er habe es gemacht, da er glaube, mit einer Polizeistrafe von — drei Mark wegzukommen! Andererseits hatte ihm ein Studienfreund, wie in diesen Kreisen üblich, geraten: „Sehen Sie zu, die Sache mit Geld aus der Welt zu schaffen!“ Postberg ging deshalb im Bewußtsein seiner Schuld zu einem von ihm besonders schwer geschädigten Geschäftsinhaber und bot ihm Ratenszahlungen an. Bei Erörterung dieses bestehenden Moments kam Postberg mit der deutschen Sprache in Konflikt. So behauptete er, daß der Kaufmann zu ihm gesagt hätte: „Ich will mich schablos an Sie halten!“ Der Kaufmann als Zeuge bewies aber, daß er gebildeter war als der Student. Kurz und gut: Die Verhandlung ergab, daß Postberg mit dem Strafbefehl viel zu milde davongekommen wäre. Hatte man doch bei der Hausdurchsuchung bei ihm auch noch einen Gasschneider gefunden, so daß vermutet werden muß, daß Postberg schon früher Attentate gegen wertvolle Schaufenster, über die von der Geschäftswelt so viel geklagt wird, unternommen hat. Ein Glas, das in seiner Nacht von ihm „nur“ 15 Schaufenster in so stultischer Weise beschädigt wurden wie 15 Firmen hatten Strafantrag gestellt und werden ihn bzw. seinen reichen Papa nichtrechtlich wegen Erlass des bedeutenden Schadens verklagen. Bezeichnend ist, daß Postberg einen Geschäftsinhaber vom Unternehmen weiterer Schritte mit der Betonung hatte abhalten wollen, daß er doch jeden Tag in die Kirche gehe! Auch ein Argument, das aber bei dem Geschäftsmann nicht verflücht. Der framme Student Postberg wurde vom Gericht, das dem Antrage des Staatsanwalts folgte, zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis und Ertragung der Kosten verurteilt; der Brillantenring wird eingezogen und verfällt dem Staate. Der Vorsitzende hob in der Urteilsbegründung hervor, daß nur deshalb keine empfindliche Gefängnisstrafe für den Dummheitenspektrier ausgesprochen wurde, um Postberg die Relegation (auf deutsch: hinauswurf) von der Universität zu ersparen.

Armes Deutschland. So sehen deine zukünftigen „Führer“ aus, wenn die Arbeiterschaft den Machtspektrier dieser Bierfamilien nicht rechtzeitig einen eisernen Riegel vorchiebt. Die Wahlen bieten dazu Gelegenheit. F. K.

Rundfunkprogramm Leipzig

Mittwoch, den 7. März.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und -voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsmedungen.
- 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Lindström-A.G., Berlin.
- 12,55 Uhr: Rauener Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 16,30—17,55 Uhr: Uebertragung aus dem Nobdenhaus Mählberg, Dresden. Konzert. Die Dresdner Rundfunkkapelle Dirigent: Gustav Agente.
- 18—18,30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin.
- 18—18,30 Uhr: Ingenieur Lehr: Technischer Lehrgang für Facharbeiter und Werkmeister: Werkzeuge und Werkzeugmaschinen.
- 18,30—18,55 Uhr: Vektor Cl. Grandner und G. von Eschen: Französisch für Anhänger.
- 19—19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Friedrich der Große.“ 6. Vortrag. Prof. Dr. Erich Brandenburg.
- 19,30—20 Uhr: Vortragsreihe: „Das Wesen der deutschen Musik.“ Dr. Alfred Houß: „Ueberlieferung und Fortschreiten.“
- 20 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe und Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.
- 20,15 Uhr: Solikabend. Mitwirkende: Ottilie Mehger-Lattermann-Berlin (Gesang), Professor Julius Klengel (Violoncell), Eduard Wischmann (Klavi). Klavierbegleitung: Alfred Simon. Klavier: Blüthner. 1. Schubert: Introitus und Variationen über ein Originalthema (Trockne Blumen) für Flöte und Klavier (Op. 160), Eduard Wischmann. 2. Schubert: a) Dem Unendlichen; b) Der Tod und des Mädchens; c) Erlkönig. Ottilie Mehger-Lattermann. 3. Carl Reinecke: a) Arlois; b) Capotte; c) Scherzo, Julius Klengel. 4. Gohard: Suite für Flöte (Opus 118): a) Allegretto; b) Jodelle; c) Valse, Eduard Wischmann. 5. Noval: Fünf Zigeunerlieder, Ottilie Mehger-Lattermann. 6. Julius Klengel: a) Nocturne; b) Scherzo, Julius Klengel. 7. a) F. Hec: Adagio; b) G. Mahler: Rheinlegendchen; c) A. Schalk: Schleichtes Weiser, Ottilie Mehger-Lattermann. 8. Demarjemann: Italienisches Konzertstück (Op. 82): a) Marcia marziale; b) Neapolitanisches Lied; c) Saltarello, Eduard Wischmann. 9. Saint-Saens: Air de aus der Oper Samson und Dalila; „O Liebe, meinem Gehst du dich zu Seite“, Ottilie Mehger-Lattermann. 10. a) César Cui: Perceuse; b) D. Popper: Eisenstanz; c) D. Popper: Spinnlied, Julius Klengel.
- 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,15—24 Uhr: Tanzmusik. Zeuner-Brandenburg-Orchester.

Sächsische Angelegenheiten

Können sächsische Banknoten außerhalb Sachsens eingelöst werden?

Was die Sächsische Bank dazu sagt.

In einem beschränkten Umfange haben auch heute noch die Länder das Recht, eine bestimmte Menge von Banknoten auszugeben, die aber lediglich für den Verkehr innerhalb des betreffenden Landes dienen sollen. Trotzdem kommt es vor, daß die Inhaber solcher Banknoten in einem außer-sächsischen Ort keine anderen Banknoten besitzen, als solche seines Heimatlandes. Im vergangenen Jahre passierte es einige Male, daß sächsische Reisende außerhalb Sachsens ihre Hotelrechnungen nicht bezahlen konnten, weil sie nur im Besitze sächsischer Banknoten waren. Die Umwechslung dieser Noten erfolgte meist nur unter großen Schwierigkeiten. Verschiedene Male wurde bereits versucht, hier gewisse Erleichterungen für das Umwechslern zu erreichen. Ueber die Ergebnisse dieser Versuche schreibt jetzt die Sächsische Bank, die in Sachsen das Notenrecht besitzt, in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1927:

Im Jahre 1927 sind, wie früher schon, wiederholt bei uns und in der Tagespresse Beschwerden darüber laut geworden, daß die Noten unseres Instituts ebenso wie die unserer Schwesterinstitute außerhalb des Ursprungslandes nicht ohne weiteres in Zahlung genommen werden. Wir sind diesen Beschwerden regelmäßig nachgegangen und haben uns um Abhilfe bemüht, soweit es möglich war. Die von unserem Institut ausgegebenen Noten sind in erster Linie für den inneren Verkehr im Freistaat Sachsen bestimmt. Es ist aber unvermeidbar und folgt aus der Natur der Noten als Inhaberpapiere, daß sie in gewissem Umfange auch im außer-sächsischen Verkehr aufzutreten. Bei der geographischen Lage Sachsens und der bekannten Reisefuß seiner Bevölkerung liegt selbstverständlich häufig Veranlassung vor, unsere Noten außerhalb Sachsens auszugeben. Unser Bestreben ist darauf gerichtet gewesen, für diese außerhalb Sachsens zirkulierenden Noten eine genügende Zahl von Einlösungswegen zu schaffen, also von Stellen, bei denen diese Noten ohne Spesen jederzeit angenommen und gegebenenfalls gegen Reichsbanknoten umgetauscht werden können. Die Schritte, die wir in den vergangenen Jahren gemeinsam mit unseren süddeutschen Schwesterinstituten zu diesem Zwecke unternommen haben, sind nicht ohne Erfolg geblieben.

Die Einlösungsmöglichkeiten der sächsischen Noten außerhalb des Freistaates Sachsen sind z. B. folgende: Die Reichsbank nimmt die sächsischen Noten, wie es § 22 des Privatnotenbankgesetzes vorschreibt, in Berlin und in ihren Zweiganstalten in Städten von mehr als 100 000 Einwohnern in Zahlung und tauscht sie bei allen ihren im Freistaat Sachsen gelegenen Zweiganstalten gegen Reichsbanknoten um. Darüber hinaus hat die Reichsbank entgegenkommenderweise angeordnet, daß die Noten auch bei den der sächsischen Grenze nahegelegenen Reichsbankanstalten in: Rottbus, Forst, Guben, Spremberg, Finsterwalde, Gera, Altenburg, Schmölln, Greiz, Zeitz, Merseburg, Eilenburg, Weißenfels, Raumburg, Pöppel, Görlitz, und Lauban in Zahlung genommen werden.

Soweit sich an diesen Orten Finanzämter befinden, nehmen diese nach einer Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen die sächsischen Noten ebenfalls in Zahlung.

Weiter hat auch die Reichsbank ihre Zweiganstalten angewiesen, den Umtausch kleinerer Beträge an Privatbanknoten (etwa bis 200 Mk.) in den Fällen, in denen der Einzelner durch die Ablehnung des Umtausches in offensichtlich Verlegenheit geriete, auch in Gebieten, die nach den Richtlinien der Reichsbank bisher dazu nicht berechtigt waren, ohne weiteres vorzunehmen.

Die sächsischen Banknoten werden auch bei der bayerischen Notenbank und der Badischen Bank, und zwar an ihren Sichern und bei ihren Zweiganstalten in Zahlung genommen sowie in Reichsbanknoten oder in Noten dieser Banken umgetauscht. Die Regelungen der vier Länder mit Privatnotenbanken: Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen haben von jeher schon ihre Staatsstellen angewiesen, daß sie die Privatbanknoten aller vier Privatnotenbanken in Zahlung nehmen.

Dankenswerterweise hat auch die Hauptverwaltung der Reichseisenbahn die von den früheren Staatsbahnverwaltungen getroffene Einrichtung beibehalten, wonach von ihren im Bereiche der früheren Staatsbahn-Verwaltungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin gelegenen Fahrkartenausgabestellen und von mehr als 200 über ganz Deutschland verteilten Fahrkartenausgabestellen im Bereiche der früheren preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft die Privatbanknoten in Zahlung zu nehmen sind.

Auf Grund freundschaftlichen Entgegenkommens werden unsere Banknoten weiter von den Kassen aller, auch der außer-sächsischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken: Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, Kommerz- und Privatbank-Vereinsgesellschaft, Darmstädter- und Nationalbank, Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Thüringische Staatsbank, Anhalt-Deutsche Landesbank, Reichsbank, ferner von den Bankhäusern: Gebr. Henrich, Berlin, S. Bleichröder, Berlin, Sal. Oppenheim, jr. u. Cie., Köln, und von den zahlreichen dem Verbands deutscher Privatbankiers angehörenden Bankfirmen, die sich über ganz Deutschland verteilen, in Zahlung genommen.

Weiter haben sich durch Vermittlung des Verbandes Deutscher Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe e. B., Düsseldorf, eine große Anzahl von Hotels in den größeren und verkehrsreicheren Städten bereit erklärt, die Noten der Privatnotenbanken anzunehmen. An den Kassen dieser Hotels ist ein entsprechender Ausweis angebracht worden."

Zum Schulabänderungsgesetz

Der Leipziger Lehrerverein nahm zur Verabschiedung des Schulabänderungsgesetzes im Landtag Stellung und fahte einstimmig folgende Entschliessung:

Der Leipziger Lehrerverein stellt mit größtem Bedauern fest, daß die Regierungsparteien des Landtages in der Frage der Pflichtstundenzahl der Volksschullehrer dem Vorschlage der Regierung gefolgt sind. Sie tragen somit die Schuld, daß die Bestimmung des Personalabbaugesetzes als Ausnahmebestimmung für die Lehrerschaft als einzige Beamtengruppe weiterbesteht. Derselben Partein, die 1924 die Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer als eine nur dreijährige Uebergangsmassnahme mit beschloffen, brachen schon 1927 ihr Wort und brachten es auch in diesem Jahre nicht fertig, das Unrecht vom Vorjahre wieder gutzumachen. Selbst die bescheidenste Hoffnung der Lehrerschaft, daß es wenigstens gelingen könnte, eine schrittweise Inkraftsetzung des Schulbedarfsgesetzes durch Herabsetzung der Altersgrenze auf das 40. Lebensjahr zu erreichen, wurde restlos zunichte gemacht, obwohl genügend Lehrkräfte in Sachsen vorhanden waren.

Der Leipziger Lehrerverein hat kein Verständnis dafür, daß die Lehrerschaft wiederholt das Opfer von Koalitionsrücksichten wird. Er ist zugleich empört über die unsachliche Art, in der sich einige Vertreter der Regierungsparteien im Landtag bei Behandlung der Frage geäußert haben. Dieses Gebahren der Mehrheitsparteien muß notwendigerweise bei der Lehrerschaft das Vertrauen in die Sachlichkeit der gesetzgebenden Körperschaften aufs tiefste erschüttern.

Bezirksparteitag Chemnitz-Erzgebirge

Im Volkshaus zu Chemnitz fand am 4. März der gut besuchte Bezirksparteitag des Bezirks Chemnitz-Erzgebirge statt. Nachdem der Bezirksparteitag ein instruktives, glänzend aufgebautes Referat des Genossen Dr. Leol über: Grundlinien einer sozialistischen Außenpolitik entgegengenommen hatte, wurden die Kandidaten für den kommenden Reichstagswahlkampf nominiert. Als Spitzenkandidaten wurden wiederum einstimmig gewählt die Genossen Ströbel, Ruhn und Stüdtgen, sowie die Genossen Claue. Diese Kandidaten werden mit dem des Bezirks Zwickau-Plauen zu einer Liste vereinigt.

Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu ersehen, daß der Bezirk Chemnitz-Erzgebirge im letzten Jahre 2000 neue Mitglieder gewonnen hat und daß die Volksstimme einen Abonnentenaufstieg von rund 3000 neuen Lesern zu verzeichnen hat. Auch der Kasseeinstand und die sonstigen Einrichtungen der Organisation zeigen ein erfreuliches Bild der Konsolidierung und des Aufstiegs.

Zum Bezirksvorstand wurde wiederum einstimmig der Genosse Karl Böchel gewählt. Auch die Wahl der übrigen Mitglieder in die Bezirksleitung, Bezirksvorstand und die Pressekommision erfolgte einstimmig. Ebenso einstimmig wurden verschiedene Anträge, meist organisatorischer Art, erledigt. Einstimmige Annahme fand folgender Antrag zur Kandidatur Roste:

„Die Ortsgruppe der SPD Zwickau beantragt einstimmig, den Parteivorstand zu ersuchen, eine Kandidatur Roste zum Reichstag abzulehnen.“

Der Wohnungsbau 1927

21 855 Wohnungen.

Im Jahre 1927 wurden im Freistaat Sachsen insgesamt 10 914 Baugenehmigungen mit 26 429 Wohnungen erteilt. Die Zahl der abgenommenen Bauten beträgt 9179 mit 22 855 Wohnungen. Der Reinzugang an Wohnungen im ganzen Jahre beträgt nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes 21 855 Wohnungen.

Im Frühjahr des vergangenen Jahres hatte die Regierung im Landtage versprochen, mindestens 25 000 Wohnungen herzustellen. Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes wurden also nur 21 855 Wohnungen gebaut.

Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Dresden

Nach dem Geschäftsbericht der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke der Stadt Dresden ist die Geschäftslage der städtischen Betriebe für das Rechnungsjahr 1926 bis 31. März 1927 befriedigend gewesen. Die Gaswerke hatten im Rechnungsjahr eine Einnahme von 15 320 393 Mark und Ausgaben in Höhe von 13 250 792 Mark. Der Ueberschuß beträgt demnach 2 069 601 Mark. Der Wert der Betriebsanlagen betrug Ende März 1927 13 987 293 Mark und das Reinvermögen 14 284 597 Mark.

Die Gesamtförderung der städtischen Wasserwerke betrug im Rechnungsjahr 28 315 167 Kubikmeter (im Vorjahre 26 993 455 Kubikmeter). Die Wasserwerke hatten eine Einnahme von 4 314 841 Mark und eine Ausgabe, einschließlich der Abschreibungen, von 4 314 841 Mark. Die Betriebsanlagen fanden Ende März 1927 mit 14 005 025 Mark zu Buche. Das Reinvermögen betrug 13 408 545 Mark.

Bei den Elektrizitätswerken hat die lebhafteste Aufschwüsbewegung der letzten Jahre angehalten. Die Abnehmerzahl stieg von 70 537 auf 83 503, also um circa 18 Prozent. Die Einnahmen betragen 15,8 Millionen, die Ausgaben 13,5 Millionen Mark, einschließlich 1 954 034 Mark Abschreibungen, so daß ein Ueberschuß von 2 275 613 Mark für die Stadtkasse verbleibt. Die Betriebsanlagen stehen mit 18 762 130 Mark zu Buche, das Reinvermögen betrug Ende März 1927 19 062 881 Mark.

Meißen. Das größere Meißen. Dieser Lage wurden die bisherigen selbständigen Gemeinden Meißatal und Lercha mit der Stadt Meißen vereinigt. Durch diese Eingemeindungen stieg die Einwohnerzahl Meißens auf rund 46 000 Köpfe. Die Arbeiterbewegung Meißens hat ebenfalls einen erfreulichen Aufstiege zu verzeichnen gehabt. In der Stadt Meißen zählt die Sozialdemokratie zur Zeit 2116 Mitglieder. Rund 11 000 frei organisierte Meißener Arbeiter und Arbeiterinnen sind dem Ortsauschuß des ADGB angeschlossen.

Meißen. Flugzeugabsturz. Der Chef der Fliegerstaffel, Oberst J. d. S., ist dieser Tage während eines Fluges über dem hiesigen Flugplatz zusammen mit einem Fliegerleutnant abgestürzt. J. d. S. wurde schwer, der Leutnant leicht verletzt.

Leipzig. Das Opfer der Dreschmaschine. Die 16 Jahre alte Tochter des Gutsbesizers P. S., die kürzlich von einer Dreschmaschine so furchtbar verletzt wurde, ist ihren schweren Verletzungen erlegen. Das Mädchen war bis zuletzt bei voller Befinnung.

Berichtungs-Kalender

Mittwoch, 7. März 1928.

Bauhilfs- und Tischbauarbeiter, Volkshaus, 19 Uhr. Metallarbeiter, Betriebsräte und Vertrauensleute Eijmium, Eijmstraße, 19 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenem Inseraten ersichtlich.

Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Kautz: Burgunder Saffbraten mit Makkaroni 1.15 Wildragout mit Nüssen 1.20 Kalbsknäuelchen, Rote mir Champignon und Nüssen 1.10 — Maron: Geüllte Rindroulade mit Kartoffeln 1.20 Kalbsbraten mit Salat 1.40 Schichtkloß

ZU SEHR BILLIGEN PREISEN -- UND -- TROTZDEM -- AUF --

Möbel
TEILZAHLUNG
1/10 ANZAHLUNG
24 MONATSRATEN!
Küchen-Schlafzimmer
Speise- u. Herrenzimmer
Teppiche u. Linoleum
Korbmöbel-Kleinstmöbel
Einzelmöbel
Polstermöbel

Gesamte ohne Anzahlung | Kredit auch nach Auswärts

PETER & Co
KATHARINEN - STR. 4 & 5

Der proletarische Klassenkampf in der Gegenwart

von A. Gurland
Inhalt:

- I. Der Mechanismus der kapitalist. Produktion und der Weltkrieg.
- II. Der Kapitalismus nach d. Kriege.
- III. Nation, Staat und Arbeiterklasse
- IV. Im Kampf um die Macht.
- V. Proletarische Einheit.

Preis 75 Pfg.
Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei A.-G. Abteilung Buchhandlung Tauhaus Str. 10/21

Kuchen, Torten - alle Sorten
Bäckt man heute allerorten
Als Genuß für groß u. klein

Nur mit:
Rama
MARGARINE
bufferfein

1/2 Pfd.
50 Pfg.

Gewerkschaftliche Anzeigen

Ortsauschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Fernruf 340-21

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung
Leipzig Tel. 34121 u. 34111. Geschäftsa. vorm. v. 9-12 Uhr.
nachm. 4-7 Uhr. Sonnabends vorm. 9-12 Uhr

Wahlung, Metallarbeiter-Funktionäre! den 7. März, 19 Uhr, findet im Eijmium, Eijmstraße, Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Metall-Industrie statt. Tagesordnung: Bericht von den stattgefundenen Verhandlungen über die Ferienregelung und Stellungnahme dazu. Zutritt nur gegen Verbandsbuch und Funktionsausweis. Die Ortsverwaltung.

Schmiede. Freitag, den 9. März, 19.30 Uhr, im Volkshaus Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Groß- und Kleinbetriebe.

Feuchte, kalte Hände

zerstören oft sonst bestehende Sympathien; denn es gibt Menschen, denen eine feuchte, kalte Hand höheres Unbehagen verursacht. Dabei hat niemand nötig, an feuchten, kalten Händen zu leiden. Die regelmäßige Anwendung des Valenol-Körper-Wuders, sorgfältig auf der Hand verrieben, in die Handtücher gestreut, hält die Hand trocken und warm, weich und geschmeidig.

Die Verwendung des Valenol-Körper-Wuders hält auch die Füße trocken und warm und beseitigt dadurch die Ursache vieler Erkältungskrankheiten.

Bei starker Schweißabsonderung empfiehlt sich die Anwendung des Valenol-Fuß-Wuders, der einen stärkeren Zusatz der desinfizierenden Bestandteile des Valenol-Körper-Wuders enthält. Er beseitigt zuverlässig alle unangenehmen Geruchausstrahlungen. Bei Hand-, Fuß- und Achillsehnen ist der Valenol-Fuß-Wuder unentbehrlich.

400 Millionen Profit des Stahltrusts

Rekordabschluss der Vereinigten Stahlwerke

An der rheinisch-westfälischen Montanindustrie hat die Vereinigte Stahlwerke A.-G. (Vesta) den Hauptanteil. Die leitenden Männer dieses Konzerns haben auch in den für die Arbeitspolitik der Schwerindustrie ausschlaggebenden Körperschaften die Führung. Sie sind es, die man für die Stilllegungsdrohung anlässlich des rheinisch-westfälischen Arbeitszeitkonfliktes verantwortlich zu machen hat. Sie sind als die treibenden Kräfte bei der Aussperrung in Mitteldeutschland und neuerdings in Berlin anzusehen. Die Mitteldeutsche Stahlwerke A.-G., die Hauptbeteiligte am Arbeitskonflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie, ist nur eine Filiale der Vesta, die über die Aktienmehrheit der Mitteldeutschen verfügt. Man müßte eigentlich annehmen, daß eine Unternehmerroutine, die die Verantwortung dafür auf sich nimmt, Millionen von Arbeitern unfreiwilligem Mühsal aussetzen, wichtige Teile der Industrie zum Stillstand zu bringen, das nicht ohne Not tut, daß sie wenigstens subjektiv davon überzeugt ist, durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in ihrem Profit bedroht zu sein. Die Vereinigten Stahlwerke veröffentlichten jedoch die wichtigsten Ziffern ihres Jahresabschlusses für das am 30. September 1927 abgelaufene Geschäftsjahr. Es ist fast bewundernswürdig, mit welcher Frechheit die Herren über Stahl und Eisen mit diesen Ziffern ihre eigenen Behauptungen über die verlustbringende Arbeitszeiterhöhung Lügen strafte.

Schon auf den ersten Blick fällt auf, daß der ausgewiesene Reingewinn genau doppelt so groß ist wie der Reingewinn der vorausgegangenen Geschäftsperiode. Der Abschluß vom 30. September 1927 bezieht sich nämlich zum ersten Male auf ein ganzes Jahr, während am 30. September 1926 seit Gründung der Vesta erst ein halbes Jahr verlossen war. Dementsprechend ist der Dividendenfuß diesmal fast genau so hoch wie das vorige Mal, nämlich 6 Prozent. Die Bilanz ist also offensichtlich so frisiert worden, daß es den Anschein erweckt, als sei der Reingewinn relativ gleich geblieben. Es ist unverständlich, wie es möglich sein soll, daß der Rohgewinn von 94,8 auf 280,4 Millionen Mark, also auf das Dreifache, gestiegen ist, während der Reingewinn sich nur verdoppelt hat. Er liegt von 28,4 auf 72,9 Millionen Mark. Schon das erweckt die Aufmerksamkeit, daß die Verwaltung der Vesta, um die Arbeiterschaft zu täuschen und die öffentliche Meinung bei Arbeitskonflikten auf ihre Seite zu bringen, saunenerregende Frisierkunststücke produzieren mußte.

Zunächst fällt auf, daß nach Angabe der Verwaltung für Neuanlagen 93 Millionen Mark vorausgesetzt worden sind, also ein Wertzuwachs allein des festen Kapitals um fast 100 Millionen Mark stattgefunden hat, trotzdem ihr Bilanzwert nach Abzug der Abschreibungen nicht größer, sondern kleiner geworden ist. Die vorletzte Bilanz zeigt Abschreibungen in Höhe von 26,1, die jetzige Abschreibung von nicht weniger als 111,6 Millionen Mark, gleich ein Siebentel des Aktienkapitals. Der Wert der Anlagen wird mit 1135,8 bzw. 1207,9 Millionen Mark angegeben. Zieht man die Abschreibungen ab, dann stehen einem Wert des festen Kapitals von 1109,7 Millionen am 30. September 1926 nur 1096,3 Millionen Mark am 30. September 1927 gegenüber. Der wirkliche Anlagewert ist also nach den eigenen Angaben der Verwaltung um etwa 100 Millionen größer geworden, der in die Bilanz eingetragene Wert dagegen um etwa 15 Millionen Mark kleiner. Der ganze Wert der Neuanlagen des letzten Jahres ist also tatsächlich aus der Bilanz verschwunden. Aus dem Rationalisierungsgewinn des abgelaufenen Jahres konnte nicht nur der Wert des abgenutzten Teils der alten und neuen Anlagen ersetzt, sondern die gesamten Neuanlagen bestritten werden. Eine schlagendere Widerlegung der Unternehmerroutine über die Untragbarkeit einer Arbeitszeiterhöhung könnte nicht erbracht werden.

Zu dem gleichen Ergebnis kann man auch auf andere Weise kommen. Die Gründerfirmen der Vesta haben als Bezahlung für die überlassenen Betriebsmittel u. a. sogenannte Genussscheine im Reingewinn von 125 Millionen Mark erhalten. Die Genussscheine haben mit den Aktien gemeinsam, daß sie gleichfalls an der Dividende teilnehmen, sie unterscheiden sich von ihnen dadurch, daß auf sie kein Stimmrecht fällt. Diese 125 Millionen Genussscheine sind im abgelaufenen Geschäftsjahr abgelöst worden. Das Schuldentilo der Vesta ist also von ihnen entlastet. Selbstverständlich haben die Großaktionäre der Vesta nicht ohne Gegenleistung auf ihre Rechte verzichtet. Es ist sicher, daß sie auf Kosten des Gesell-

schaftskapitals sich bei diesem Geschäft einen Sonderprofit verschafft haben, zumal die Herren, die die Interessen der Gründerfirmen wahrzunehmen haben, über die Mehrheit im Aufsichtsrat und in der Generalversammlung verfügen. Die Frankfurter Zeitung schreibt über dieses Geschäft:

„Andererseits erscheint nunmehr auch die letzte, etwas überraschend gekommene Anleiheaufnahme in Amerika in einem etwas anderem Lichte, wenn man bedenkt, daß der Stahlverein für Anschaffung von Aktien einen Betrag aufbringen mußte, der vom Anleiheerlös nicht weit entfernt sein kann.“

Danach wäre also der Erlös der amerikanischen Anleihe in Höhe von 30 Millionen Dollar nicht in den Betrieb gesteckt, sondern für Zuwendungen an die Großaktionäre verwendet worden. Wie groß diese Zuwendungen sind, d. h. wie hoch der Preis ist, den die Beherzter der Vesta sich als Bezahlung der ihrer Obhut anvertrauten Werte (Genussscheine und sonstige Aktien) selbst verschrieben haben, wird natürlich sorgsam verschwiegen. Wenn also die Vereinigten Stahlwerke den Erlös der Dollaranleihe nicht zur Finanzierung von Neuanlagen, sondern für andere Zwecke verwendet haben, so ergibt sich, daß sie auf fremde Mittel verzichten können, weil die eigenen, aus dem Betrieb und den Arbeitern herausgewirtschafteten Mittel genügen, um die Neuanlagen noch im selben Jahr, in dem sie errichtet worden sind, voll zu bezahlen. Die Vereinigten Stahlwerke haben demnach Gewinne erzielt, die über den bloßen Wertesatz des Verschleißes der alten und der neu errichteten Anlagen weit hinausgehen. Diese Uebergewinne beruhen nicht allein auf der Ausnutzung der außerordentlich günstigen Eisenkonjunktur des vergangenen Geschäftsjahres, sie beruhen vor allem darauf, daß man durch Ausnutzung des Monopols die Preise in die Höhe und durch Rationalisierung den Lohnanteil am Preis des Produktes heruntergegraut hat.

Abschreibungen kann man nicht machen, wenn nicht entsprechende Gewinne vorhanden sind. Um Ueberabschreibungen zu machen, müssen Uebergewinne erzielt werden. Ueberabschreibungen sind eine Fälschung der Bilanz, ein Mittel der Gewinnverschönerung. Diese Bilanzfälschung, diese Gewinnverschönerung wird durch Uebergewinne ermöglicht. Mit der Bilanz hängt aber die Preisfaktulation innig zusammen. Wird der Deffektivität eine gefälschte Bilanz vorgelegt, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß den maßgebenden Instanzen auch falsche Kalkulationen vorgelegt worden sind. Mit solchen falschen Kalkulationen operieren die Unternehmer bei Arbeitskonflikten, sehr oft nicht ohne Erfolg. Daraus ergibt sich, daß Bilanz und Kalkulation kein einwandfreier Maßstab sind für das, was ist, sondern als Mittel im Arbeiterkampf benutzt werden. Um so mehr Anlaß für die Arbeiterschaft und ihre Organe, auf diese beiden Mittel des Klassenkampfes ihr Augenmerk zu richten.

Der bilanzmäßige Wert der Beteiligung ist von 199,8 auf 295,1 Millionen Mark gestiegen, also, ebenso wie die eigenen Anlagen, um annähernd 100 Millionen Mark. Auch dieser Posten ist wackeliges Fundament unterbewertet worden. Das ergibt schon eine bloße Aufzählung der Neuerwerbungen. Die Vesta übernahm die Aktienmehrheit der Mitteldeutschen Stahlwerke A.-G., der Concordia-Vergbau A.-G., die beteiligte sich ferner an der Deutschen Edelfabrik A.-G., der Gutehoffnungshütte A.-G., der Hüttenwerke A.-G., der Holzgesellschaften m. b. H., Essen, und der A.-G. für Kohleverwertung. Außerdem sind eine ganze Reihe Kapitalserhöhungen von Werkhandelsfirmen vorgenommen worden, die durch den Aktienbesitz der Vesta vermehrt wurde. An den Lagerverräten haben zweifellos nicht die fertigen Produkte, sondern die Rohstoffe, Kohle, Erze usw., den Hauptanteil. Da der Umsatz mindestens in demselben Umfang gestiegen ist wie der Rohgewinn, müßte man annehmen, daß bei gesteigerter Produktion auch die Rohstoffverräte größer geworden sein müßten. Das ist jedoch nicht der Fall. Der Bilanzwert des Warenlagers hat sich nicht geändert. Es ist also anzunehmen, daß auch hier eine Wertvermehrung stattgefunden hat, die in der Bilanz nicht gezeigt wird. Die unbekannte Höhe der stillen und durch Unterbewertung der Vermögensseite entstandenen Abschreibungen hat nicht genügt, um den Reingewinn auf das von der Verwaltung gewünschte Maß herabzudrücken. Die offenen Abschreibungen sind, wie bereits oben vermerkt, von 26,1 auf nicht weniger als 111,6 Millionen Mark, also auf fast

das Fünffache gestiegen und außerdem noch eine gegenüber dem Vorjahr um 7 Millionen erhöhte Erneuerungsrücklage eingesetzt worden.

Die Bilanzziffern zeigen folgende Wertvermehrung gegenüber dem vorletzten Abschluß in abgerundeten Ziffern bei den:

Betriebsanlagen	73 Millionen Mark
Beteiligungen	100 Millionen Mark
Forderungen	15 Millionen Mark
Vermittel (einschl. Bankguthaben)	60 Millionen Mark
Abschreibungen	95 Millionen Mark
zusammen	343 Millionen Mark
Schulden	97 Millionen Mark
Reingewinn	248 Millionen Mark
	52 Millionen Mark

also eine Wertvermehrung um 300 Millionen Mark

Rechnet man die Summe der durch Unterbewertung entstandenen stillen Reserven dazu und schätzt sie, was nicht zu hoch gegriffen sein dürfte, auf 100 Millionen Mark, so erhält man den Wertzuwachs eines einzigen Jahres von 400 Millionen Mark gleich der Hälfte des 800 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals. Dessen Rentabilität beträgt demnach nicht 6 Prozent, wie die Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke glauben machen möchte, sondern 50 Prozent. Das sind Ziffern, die sich sehen lassen können und die es wert sind, bei Arbeitskonflikten den Klagen der Unternehmer entgegengehalten zu werden.

Ueberrall Gewinnsteigerung

In der gestrigen Aufsichtsratsitzung des Norddeutschen Lloyd wurde beschlossen, der auf den 28. März 1928 einzuberufenden Generalversammlung eine Dividende von 8 (i. S. 8) v. H. zur Verteilung vorzuschlagen.

Man nimmt an, daß auch die Verwaltung der Sapag, der großen Konkurrentin des Lloyd, sich entschließen wird, statt, wie im Vorjahre, 6 Prozent 8 Prozent Dividende zu verteilen.

Einen äußerst günstigen Abschluß legt die Maschinenfabrik Schubert u. Salzer in Chemnitz vor, die ihren Reingewinn von 2,7 Millionen auf 3,5 Millionen Mark erhöht. Die Dividende wird nur um 1 Prozent auf 16 Prozent heraufgesetzt; jedoch wird die demnächst in Chemnitz stattfindende Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 5,25 Millionen Mark beschließen. Davon sollen 3,5 Millionen Mark den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 4:1 angeboten werden. Die Aktionäre erhalten also neben der Dividende durch ein günstiges Bezugsrecht erhebliche Sonderprofite.

Soweit sich heute übersehen läßt, dürfte das Geschäftsergebnis der Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt für 1927 befriedigend ausfallen. Die Prämieinnahme ist in allen Zweigen teilweise erheblich gestiegen. Auch der Schadenverkauf war im allgemeinen nicht unglücklich. Die Bilanzierung des Aufsichtsrats findet gegen Ende dieses Monats statt. Trotz des im Vorjahr erhöhten Aktienkapitals wird mit der Ausschüttung einer Dividende von 14 Prozent, gegen 12 Prozent im Vorjahre, gerechnet werden können.

Das was das Gummifahren einbringt. Daß an kleinen Lastern Millionen verdient werden können, beweist der Jahresbericht der Kaugummifabrik William Wrigley. Das Unternehmen hat seinen Sitz in Chicago und vertreibt Gummi in aller Welt. Auch in Deutschland sind große Agenturen eingerichtet, die einen ständig steigenden Absatz zu verzeichnen haben. Dieser Kaugummihandel erbrachte im Jahre 1927 einen Reingewinn von nicht weniger als 9,688 Millionen Dollar.

Umfliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Für die Altkraftfahrzeuge in Leipzig-Kleinmarkt gelten mit sofortiger Wirkung folgende Verkehrsbestimmungen:
für Kraftfahrzeuge über 10 t Gesamtgewicht gesperrt,
für Kraftfahrzeuge über 5,5 t Gesamtgewicht Schrittschwindigkeit, größere Menschenanmietungen verbieten.
Zumüberhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, sofern nicht nach anderen Gesetzen oder Verordnungen eine höhere Strafe vermerkt ist.
Leipzig, den 5. März 1928.
v. R. II 491. Das Polizeipräsidium.

Die vordere Nummer des Probefahrtenzeichens
III - O 3732
Besitzer Autohändler **Gustav Sauerborn** in Leipzig, Curtstraße 12, ist verloren worden.
Zur Verhütung von Mißbrauch wird dieses Kennzeichen gelöst.
Das Polizeipräsidium.

Öffentliche Handelsschule

(mit Vollklasse)
des Frauen-Gewerbevereins
Einfache Handelsklassen
befreien vom Besuch der Pflichtberufsschule. Anmeldungen Königsstraße 28, II, täglich 10-11^{1/2}, Montag, Dienstag, Freitag 4-6 Uhr. Fernsprecher 221 92. *

Großh. Der bisherige Verordnungsanwärter Herr **Gustav Wilhelm Blume** ist am 2. März 1928 als **Vollzeitschlichter** für die Stadt **Großh.** in Pflicht genommen worden.
Stadttrat Großh., am 5. März 1928.

Großh. Offenhalten von Läden an Sonn- und Feiertagen.
Die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern und damit das Offenhalten der Verkaufsstellen wird widerruflich gestattet: **Am 25. März, 20. Mai, 7. Oktober, 4. November, 16. Dezember u. 23. Dezember 1928.**
Stadttrat Großh., am 2. März 1928.

Familien-Nachrichten

Am 2. März verschied nach kurzer schwerer Krankheit mein langjähriger Mitarbeiter, mein erster Feuerknecht der **Schmiedemolitor**
Otto Hahn
Derselbe hat fast in ununterbrochener 25-jähriger Tätigkeit mir zur Seite gestanden. Sein Fleiß und sein aufrichtiger Charakter sichern ihm meinen besten Dank.
Sein Andenken werde ich stets in Ehren halten.
Louis Huth, Wagenfabrik
Leipzig W 33, Josefstraße 49

Am 5. März verschied nach kurzer Krankheit mein guter Vater, Bruder und Schwager
Richard Zänker
im Alter von 47 Jahren. Er folgte meiner lieben Mutter innerhalb 14 Tagen in den Tod nach.
Leipzig O. 28, am 5. März 1928
Eisenbahnstraße 182
In tiefer Trauer
Elfriede Zänker nebst Angehörigen
Die Einäscherung findet Donnerstag, den 8. März, 15.30 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumen-spenden werden dankend abgelehnt.

Am 4. März 1928 verstarb unser früherer Mitarbeiter
August Klemm.
Seit 1896 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1925 stand er unermüdet und treu im Dienste unserer Idee.
Wir werden seiner immer ehrend gedenken.
Die Gesamtverwaltung u. das Personal des Konsumvereins L.-Plagwitz u. Umg., e.G.m.b.H.

Am 5. März, früh 4 Uhr, starb plötzlich an Herzleiden mein lieber Mann unter guter Vater, Schwieger- und Großvater
Karl Kotzschmar
im Alter von 60 Jahren. Alle seine Sorge gehörte seinen Lieben.
Lindenthal, den 5. März 1928.
In tiefem Schmerz
Emilio verw. Kotzschmar und Angehörige.
Die Einäscherung findet Donnerstag, d. 8. März, nachmittags 2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumen-spenden im Sinne des Entschlafenen dantend abgelehnt.

Landeskonfervatorium der Musik zu Leipzig

Direktion: Professor Max Bauer.
86. Studienjahr, zur Zeit 750 Studierende.
Vollständige Ausbildung in der Musik als Kunst und Wissenschaft: Theorie der Musik und Komposition, familiäre Instrumentalfächer, Gesang, Dirigieren usw., Orchester-, Chor- und Opernschule, Staatliche Prüfungen.
Im Laufe des Studienjahres finden 6 Orchester-, 3 Chor-, 10 Solisten-, 20 Orgelkonzerte, 1-2 Opernaufführungen und ca. 40 Vortragsabende (Solisten- u. Kammermusikkonzerte) statt. Sämtliche Aufführungen öffentlich.
Kirchenmusikalisches Institut der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens.
Direktion: Prof. Max Bauer und Prof. Dr. Karl Straube.
Ausbildung und Prüfungen als Kirchenmusiker (Kantoren und Organisten).
Im Institutsgebäude: 1 Konzertsaal und 6 Übungsorgeln.
Aufnahmeprüfungen für beide Institute am 12. u. 13. April, vorm. 11,9 Uhr.
Prospecte mit Anmeldeformularen kostenlos.
Leipzig C 1, Grassistraße 8. Tel. 23228 und 21594.

Den Mitgliedern des Reichsbanners die schmerzliche Nachricht, daß unser Mitbegründer, Kamerad
August Klemm
im Alter von 74 Jahren durch den Tod aus unseren Reihen geschieden ist. Es werden dauernd seiner gedenken
Die Ortsgruppen Knautkleeberg und Knauthain des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Am 5. März in den frühesten Morgenstunden verschied plötzlich und unerwartet unser langjähriges Mitglied und treuer Mitkämpfer, Herr
Karl Kotzschmar
Stellvertreter i. R.
Seine treue Mitarbeit sichert ihm unser dauerndes Gedenken
Ortsverein der SPD, Neue Feuerbestattungsfälle organisierter Freidenker Leipzigs und Sozialist. Freidenker d. Ortsgruppe Lindenthal.
Die Einäscherung findet Donnerstag, 8. März, nachmittags 2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.